

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreispaltige Beizelle oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der erste Extrabeitrag fällig! s s

Inhalt: Der „Siegeszug“ der christlichen Gewerkschaften. — Mißbrauch der Freiheit und des Rechts. — Wirtschaftliche Mundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausberrungen, Mahngelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Der französische Bauarbeiterverband. — Zentralfantastik. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschnitz, Subventionen usw. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschlebens. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Einfluß der Bauwerke auf den Grundwasserstand.

sein werden, eine kleine Minderheit in der deutschen Arbeiterbewegung zu vertreten. Galt, man sich die Zugangsziffern, die der Jahresbericht aufzählt, vor Augen, so mag eine rein äußerliche Wertung einen annehmbaren Erfolg darin sehen, den Kenner der Praxis aber täuschen diese Zahlen über die oben ausgesprochene Erkenntnis nicht hinweg.

Die Mitgliederzahlen sind diese:

Organisation	Zahl der Ortsgruppen am 31. Sept. 1906	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt	
		1906	1906
Bergarbeiter	787	71500	73542
Bauhandwerker und Hilfsarbeiter	880	20679	36459
Textilarbeiter	255	24735	34581
Metallarbeiter	303	17563	24744
Bayerische Eisenbahner	94	19000	22155
Hülfs- und Transportarbeiter	300	8829	13023
Holzarbeiter	256	8886	10222
Keramiker	174	2600	7031
Tabakarbeiter	117	2851	6437
Heimarbeiterinnen	27	3077	3600
Schuh- und Lederarbeiter	82	2136	3250
Schneider	90	1962	3124
Maler und Anstreicher	78	1500	2577
Gutenbergband	70	—	2714
Ziegler	—	1800	—
Grabhülfs-Gewerbe	43	740	1050
Bayerische Salinarbeiter	9	—	823
Krankenpfleger	17	368	642
Väder	16	380	472
Gärtner	—	—	670
Fleischer	—	500	—
Summa	3048	188106	247116

Da die drei neu hinzugegetretenen Verbände, die schon vorher bestanden, 4207 Mitglieder brachten, so beträgt der eigentliche Zuwachs nur 64 803 Mitglieder. Zu diesen angeführten Verbänden, die dem sogenannten Gesamtverband angeschlossen sind, kommen noch die „unabhängigen“ Christen, deren Zahl sich von 78 928 auf 73 132 vermindert hat. Mit welchem Recht man sie den christlichen Gewerkschaften zugählen kann, mag dahingestellt bleiben; zwei von ihnen haben die statistischen Fragebögen des Gesamtverbandes gar nicht beantwortet; der Verein zur gegenseitigen Hilfe (Schlesien) ist überdies eher national-polnisch als „christlich-national“. Als christliche Vereinigungen kann man sie immerhin passieren lassen, aber Gewerkschaften sind es nicht; es ist die organisierte Müßiggangigkeit.

Bei der Wertung der Mitgliederzahlen muß mancherlei berücksichtigt werden. Zunächst die Hochkonjunktur des verflochtenen Jahres, die die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf eine bisher noch nie erreichte Höhe steigen ließ. Weiter die tatkräftige Förderung, die viele Behörden und Unternehmer den Christlichen angedeihen lassen, und die gerade bei dem Menschenmaterial, das das Rekrutierungsgebiet der Christlichen bildet, nicht gering veranschlagt werden darf. Sodann, und das scheint uns das wichtigste zu sein, verbanden die Christlichen einen großen Teil ihres Gewinnes den vielen Lohnbewegungen, zu denen sie durch unsere Verbände gezwungen wurden. Die jetzt von uns fast überall verfolgte Politik, wenigstens den Versuch zu machen, die Christlichen an unseren Kämpfen teilzunehmen zu lassen, hat in den Fällen, wo sie darauf eingingen und richtig durchhielten, den christlichen Gewerkschaften den Ruf von Arbeiterorganisationen eingebracht, die in der wirtschaftlichen Interessenvertretung ebenfalls wenigstens be-

strebt sind, ihren Mann zu stellen. Das, was sie also gewonnen haben, verdanken sie zum größten Teil nicht ihrer Sonderstellung, sondern ihrer Nachahmung unserer Kampfmaximen. Es ist klar, daß wir das nicht zu beklagen haben; denn gerade dieser Umstand verhindert es, daß die christlichen Gewerkschaften das werden, was ihre Gönner und Kaufpaten aus ihnen machen wollten: Bollwerke gegen den Aufstieg der Arbeiterklasse. Hätten sie sich qualitativ so entwickelt, wie es die bürgerliche Welt von ihnen erwartete, so wären ihre Hoffnungen auf Eroberung größerer Arbeitermassen noch schmählicher ge scheitert, als sie heute in Wirklichkeit sind.

Man folgere aus unserer Auffassung vom Scheitern der christlichen Pläne nicht, daß wir die Bedeutung der rund 300 000 Mitglieder dieser Gewerkschaften für den gewerkschaftlichen Kampf unterschätzen, wir wissen ihn sehr wohl zu würdigen, aber es ist doch klar, daß man sich im christlichen Lager auf viel größere Erfolge gefaßt gemacht hatte. Ende der neunziger Jahre hatten die freien Gewerkschaften in der großen Werkstätte des europäischen Festlandes, im westlichen Deutschland, erst ganz schwache Vorposten vorgeschoben. Das war die Zeit der christlichen Gründungen. Die nach vielen Tausenden zählende Industriearbeiterschaft im Westen war noch überwiegend indifferent. Sie folgte dem Kommando des Zentrums in blindem Gehorjam. Sie demonstrierte, wenn diese Partei es verlangte, für was oder gegen was es gerade war, sie ließ sich auf die Agitatoren hehen, kurz, der Einfluß unserer Bewegung war ganz gering. Das war das natürliche Rekrutierungsgebiet der christlichen Gewerkschaften, die ja, man rede dagegen, was man immer wolle, doch unter dem Protektorat des Zentrums standen. Hier mußten sie, ihrer Voraussetzung nach, rauchende Triumphe feiern, in wenigen Jahren Hunderttausende von Industriearbeitern in ihre Organisationen einreihen, um dann den freien Gewerkschaften, die den Norden und die Mitte des Reiches besetzt hielten, zu diktieren, wie in Zukunft Arbeiterpolitik zu treiben sei. Wie konnte es anders sein? Alles, Behörden, Bürgertum und Geistlichkeit jauchzte den „Befreieren“, den „Rettern“ des Landes begeistert entgegen! Die Arbeiter rüllten nach einem Papstwort noch einmal die Kirche fallen, nun aber sollten sie auch die Retter von allem werden, was die Herzen der Aufsteiger der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie erfreut; Retter der Monarchie und des Eigentums, Retter der stumpfen Gleichgültigkeit der Volksmasse!

Aber ach, wie ganz anders ist es doch gekommen! Der tapferen roten Pioniere Arbeit war gleichfalls nicht vergeblich gewesen; die Mitgliederzahlen der freien Gewerkschaften an der Ruhr, am Rhein, im Süden wuchsen und schwoilen immer mehr. Von Jahr zu Jahr lindete unsere Statistik ein kaltes Borrücken an und heute sind die Christlichen weit ins Hintertreffen gekommen. Die „christliche“ Arbeiterbewegung ist kein Bollwerk, das unsere Siegeszüge aufhalten kann.

Zwar fehlt, da die Statistik der freien Gewerkschaften für 1906 noch nicht veröffentlicht ist, die Möglichkeit einer genauen Gegenüberstellung, aber soviel geht aus den vorläufigen Zahlen hervor, daß sich die Zunahme der christlichen Gewerkschaften auch nicht entfernt mit dem kräftigen Wachstum unserer Verbände vergleichen kann. Wie wir schon in einer früheren Nummer mitgeteilt haben, betrug die Mitgliederzunahme bei den freien Gewerkschaften im Jahre 1906 rund 368 000, also 120 000 mehr als die ganze christliche Herrschaft, die Arbeit eines Jahrzehnts. Und das Charakteristische dabei ist, daß gerade die eigentlichen

Der „Siegeszug“ der christlichen Gewerkschaften.

Gesamml. Die königstreue Arbeiterschaft ermannet sich; es beginnt der Entscheidungskampf zwischen ihr und den antimonarchischen sozialdemokratischen Scharen! So jubilierte der Ricentia Mumm, als im Jahre 1903 der Aftersongreß in Frankfurt a. M. in Szene gesetzt wurde. Der „erste deutsche Arbeiterkongreß“ nämlich. Es war nach dem gewaltigen Vorstoß des Klassenbewußten Proletariats bei den Reichstagswahlen in jenem Jahre. Wangs Schipüle lagerte auf der Welt der Ausbeutung. Wo soll das hinaus? so fragten sich alle, die Ursache hatten, den Vormarsch der Arbeiterbewegung zu fürchten; ihres Privilegiums der Anechtung und Ausbeutung wegen! Es war eine merkwürdige Zeit. Wie in einem gestörten Ameisenhaufen wirbelte und purzelte alles durc- und übereinander. Es mußte etwas geschehen! Das war das allgemeine Gefühl, und es geschah etwas. Die Müßiggangigkeit, die Demagogie und die Anechteligkeit boten ihren Heerbann auf, und als sie ihn, auf die Weine gebracht hatten, nahnten sie ihn „Ersten deutschen Arbeiterkongreß“. 600 000 Arbeiter, 600 000 königstreue, patriotische, echt deutsche Männer der schweißigen Faust warfen dem Millionenheere der proletarischen Klassenbewegung den Handschuh hin und kündeten ihm Fesseln auf Leben und Tod!

Dieser Kongreß sollte eine Marktscheide bilden in der Arbeiterpolitik. Er sollte der freien und unabhängigen Arbeiterbewegung ein „bis hierher und nicht weiter!“ zurufen. Ein befreiendes Aufatmen, ein Zauchen der Erlösung ging von Stöder bis Raumann, von Ostpreußen bis Saarabien. Höchste und allerhöchste Reute hielten nicht mit ihrer Freude zurück, daß sich endlich etwas hören ließ, das einem Echo der vielen schönen Reden, die im Osten und Westen des Landes geredet wurden, ähnlich zu sein schien. Das „Volk ermannete sich“, es „erschneit das Fische“, es schien alles so zu kommen, wie man es oft brünstig gewünscht hatte.

Wie sind jene Seifenblasen zerplatzt! Heute, nach vier Jahren, sucht man vergebens nach jenen 600 000. Und wenn man alle Ecken und Winkel auskehrt, man bringt sie gar nimmer zusammen. Auch die „christlichen“ Gewerkschaften streben einstmal ähnlich stolzen Zielen zu, auch sie wollten die „sozialdemokratischen“ Verbände „überwinden“, mit ihnen die Werbestände messen, um schließlich die „deutsche Arbeit“ auf den Boden der heutigen, von ihnen als zweckmäßig und notwendig erkannten kapitalistischen Wirtschaftsordnung zurückzuführen. So hat sie es oftmals laut und bernehmlich beklundet. So die christlichen Gewerkschaftsführer einer vernünftigen Erwägung nicht völlig unzugänglich sind, werden sie heute Geschwändlich eingeschrieben, daß sie sich damals etwas übernommen hatten. Ihr Jahresbericht deklarieren ihnen eine bittere, unantastbare Wahrheit: daß sie stets beurteilt

gierung hat gegen diese Argumentation nichts einzuwenden. Ganzell es sich um die Forderung der Errichtung von Arbeitsämtern und Arbeitskammern, in denen die Arbeiterkraft zwecks Wahrung und Förderung ihrer höchst berechtigten Interessen entsprechende Vertretung finden soll, so heißt es wieder: „Um alles in der Welt nicht! Daraus würde nur ‚neuer Mißbrauch‘ durch Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses erwachsen.“

Auch der Umstand, daß die Arbeiter selbst in der Verwaltung der Ortskrankenkassen mit zu entscheiden haben, die Verwaltung wählen und gewisse Bestimmungen selbständig treffen können, ist für die Reaktionsäre seit Jahren Anlaß, aber „Mißbrauch“ der Krankenkassenverwaltung, „im sozialdemokratischen Parteinteresse“, „Über „Terrorismus“ u. zu klagen. Jetzt hat sich auch die offizielle Reaktion, die Regierung zu der in den Tatsachen ihre Begründung nicht findenden Anschauung bekant, daß solcher „Mißbrauch“ vorhanden sei und ihm „energisch gesteuert“ werden müsse. Durch besondere Urinfrage bei den Behörden will sie diesen „Mißbrauch“ feststellen lassen, um ihre Ansicht zu „rechtfertigen“, den Mitgliedern der Ortskrankenkassen das Recht zu entziehen, den Vorstand selbst zu wählen. Die Verwaltung soll besondern Gemeindegemeinanten übertragen werden.

Wir dürfen ruhig behaupten, daß es nicht gelingen wird, auch nur einen einzigen Fall wirklichen Mißbrauchs der in Rede stehenden Art nachzuweisen. Aber es ist ja bekannt, wie spielend leicht die Reaktion aus durchaus zulässigen und selbstverständlichen Handlungen der Arbeiter „Mißbrauch des Rechts“ zu konstruieren vermag, um das Recht selbst zu treffen. Sozialdemokratische und Arbeiterklasse sind ihr dabei gleichbedeutend. Unter dem Vorgeben, „mißbräuchlichen Gebrauch des Rechtes“ durch die Sozialdemokratie entgegenzutreten zu müssen, will sie die Entziehung der Arbeiterklasse vollziehen. In keiner öffentlich-rechtlichen Institution, die zum Wohle der Arbeiter“ geschaffen ist, sollen die Arbeiter sich selbständig betätigen können.

Das ist die reaktionäre Tendenz, die auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung immer schärfer hervortritt und greifbarere Form und Gestalt annimmt. „Mißbrauch“ der Freiheit und des Rechtes ist nicht nur, was die Arbeiter in durchaus zulässiger Weise, etwa nach Freiheit und Recht, aus selbständiger Entscheidung heraus, gegen die Absichten und Absichten der Regierung und der herrschenden Klasse unternehmen. Nein, sie wenden nach der Logik der „Staatsverhaltens“ ihre Freiheit und ihr Recht schon dann in „mißbräuchlicher“ Weise an, wenn sie, unabhängig von jenen Elementen, bei den Gewergerichten, den Verwaltungen der Krankenkassen u. beweisen, daß sie würdig und fähig sind, sich so zu betätigen, wie die Absichten auf Recht und Gerechtigkeit sowie auf das Wohl ihrer Klassenangehörigen und ihrer ganzen Klasse es erfordern. Das ist's in Wahrheit, was der „staatserhaltende“ reaktionäre Geist den Arbeitern nicht verzeihen kann; das ist's, worin er eine Gefahr für die Herrschaft der bevorzugenenden Gewalt erblickt. Und nicht mit Unrecht. Er sieht instinktiv heraus, daß das Ansehen und der Einfluß der Sozialdemokratie bei den breiten Massen ganz naturgemäß wachsen muß, wenn die sozialdemokratische Arbeiterschaft vor aller Welt den Beweis liefert, wie durchaus sie befähigt ist zur Mitwirkung in öffentlich-rechtlichen Institutionen. Daß der moralische Effekt dieses Beweises der Sozialdemokratie zu gut kommen muß, ist selbstverständlich. Und deshalb fürchtet man diesen Geist, und um diese Furcht zu verkleinern, muß die gefällige Phrase vom „Mißbrauch“ des Rechts „zu sozialdemokratischen Parteizwecken“ herhalten.

Das ist der wahre, der wirkliche und zugleich der schlimmste Mißbrauch des Rechts, wenn herrschende Gewalten im Namen des Rechts, um dem immer mächtiger sich entfaltenden Geiste der Freiheit und Gerechtigkeit, dem stetig wachsenden Drange der Volksmassen nach selbstständiger Betätigung im Staats- und Gesellschaftsleben Gehalt zu tun, nicht nur einer Erweiterung der Rechte dieser Massen widersprechen, sondern auch bemüht sind, ihnen die gewährleisteten Rechte zu nehmen. Ein Unterfangen, das sich noch immer schwer gerächt hat an denen, die sich seiner erdreistet, es verteidigt und unterstützt haben. Denn es spricht der unbewindlichen Macht des Zeitgeistes, der das Selbstbestimmungsrecht des Volkes auf der Basis wirklicher Gleichberechtigung, unter Ausschluß jeglicher Bevormundung durch staatliche oder sonstige Autoritäten, zur vollen praktischen Geltung bringen will. Es ist eine der wahrhaftigsten Präzedenzen herrschender Gewalten, daß zurannte Freiheiten und Rechte nur so ausgeübt werden dürfen, wie sie in ihrem Interesse es wünschen, und daß jeder andere Gebrauch ein nicht zu duldbender „Mißbrauch“ ist. Die Geschichte lehrt, daß die Entwicklung dieser Präzedenzen nie respektiert hat. Auch die moderne Entwicklung wird vor ihr nicht Halt machen, sondern den Mißbrauch des Rechtes, das die reaktionäre Gewalt für sich in Anspruch nimmt, überwinden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wörfe — Lage der Zentralbanken — Halbjahresübersichten: Emissionen, Umläufe, Zahlungseinstellungen — Zahlungs-einstellungen — Zahlungsreformen: Hypothekendarstellungen, Scheckgesetz.

Die Wörfe ist, nach kürzlichem und beschleunigtem Aufschwung an der Halbjahresende, wieder vollständigem Stillstand und Müdigkeit verfallen, so daß selbst nebelhaft ferne Gefahren, wie die eines japanisch-amerikanischen Krieges, mangels jeder kräftigen Gegenströmung als Basis-motiv wirken konnten. Doch lohnt es für die Zwecke dieser Rundschau nicht, jedes Auf und Ab der Kurse und der Umläufe in seinen Einzelheiten vorzuführen.

Etwas besser ist die Lage der großen Notenbanken geworden. Aber besser im Vergleich zur Anspannung der letzten Monate heißt hier noch lange nicht gut; denn tatsächlich bleiben sowohl die Bank von England wie die Deutsche Reichsbank in ihrem Deckungsverhältnis hinter der gleichen Vorjahreszeit zurück, obwohl das Vorjahr bereits Sorgen erweckte. Erklärlich, daß in England selbst Wätter wie die „Times“ vor der russischen „Fut von neuen Effekten“ warnen, und daß die Reichsbank den Hoffnungen der Geschäftswelt auf weitere Diskontermäßigungen (gegenwärtiger Diskont für Wechsel 5 1/2 pSt.) durch die Preise entgegenarbeiten läßt: augenblicklich ist nicht daran zu denken, weil man die fortwährende Stärkung der Barreserven für bringend notwendig hält, und später müsse man schon wieder den gefährlichen Herbsttermin mit seinen enormen Zahlungsaufstellungen und seiner außergewöhnlichen Bankanrufnahme im Auge behalten. In manche Forderungsbildungen läßt man auch ganz offen die Zweifellos sehr wohl begründete Bemerkung einfließen: die Erfahrungen der letzten Monate ließen härtere Reaktionen als Nützung gegen alle Möglichkeiten, als sehr wünschenswert erscheinen.

Finbet man in den, jetzt bearbeitet vorliegenden Emissionen ziffern für das erste Halbjahr 1907 bereits Spuren des Müdigkeits der Unternehmungslust oder doch der getwiesenen Einschränkung infolge der schwierigen Kapitalbeschaffung? Hierbei sind die beiden beachtlichsten deutschen Zeitungen, die von der Frankfurter Zeitung und dem „Deutschen Oekonomist“ herrühren, nicht vollkommen im gleichen Berechnungen genügt hervor. Danach war die Gesamtsumme aller Emissionen von in- und ausländischen Wertpapieren in der Tat während des ersten Halbjahrs 1907 in Deutschland

kleiner, als im gleichen Zeitraum 1906: nach dem „D. Oek.“ 1520 Millionen Mark Nominalbetrag gegen 1702 Millionen Mark, oder kurzum 1890 Millionen Mark gegen 1920 Millionen Mark. Von dieser Einschränkung wurden jedoch die verschiedenartigen Gebiete ganz ungleich getroffen. In erster Linie kam die Einführung immer neuer ausländischer Werte an die deutschen Börsen zum Stoden: hierfür sind diesmal nur 77 Millionen Mark eingestellt gegen 221 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1906. Eine zweite große Abwärtsbewegung hat sich naturgemäß bei den Staatsanleihen und Obligationen vollzogen, da man hier mit dem begeherten Zinsangebot (bei Pfandbriefen meist 4 pSt.) keine Geldgeber, ohne starke Kursabsätze, mehr findet; nach der „Frankf. Zig.“ stehen daher für neuausgegebenen Hypothekendarstellungen 150 Millionen Mark gegenüber 250 Millionen Mark Nominalwert im Vorjahre, sonstige Obligationen 117 gegen 213 Millionen Mark. Angehts dieser starken Verminderungen konnten manche anderen Kapitalansprüche sich noch ausdehnen. Die deutschen Einzelstaaten und das Reich mit ihrer eigenen Anleihebedürftigkeit blieben zwar noch hinter dem Vorjahre zurück (646 gegen 618 Millionen Mark). Dafür verzögerten die Gemeinden, die lange Zeit der steigenden Verzinsung zu entgehen hofften, auf weiteres Warten und brachten 804 Millionen Mark Anleihen (gegen 220 Millionen Mark im Vorjahre) an den Markt; im ganzen sind somit diese öffentlichen Anleihen etwa auf den vorjährigen Höhe geblieben (650 Millionen Mark gegen 638 Millionen Mark). Da auch in neuen Bankanleihen eine Verminderung eintrat (Nominalwert 1907 94 Millionen Mark gegen 133 Millionen Mark), so blieb, was ungenügend übertraf, der „D. Oek.“ beschreibung für neue Anleihen bei 214 gegen 210 Millionen Mark, nach dem kurzum auf 302 gegen 356 Millionen Mark.

Bei diesen Kapitalbedürfnissen handelt es sich, wie man nicht übersehen sollte, sowohl um neue wie alte Unternehmungen. Etwas anders gehalten sich das Bild, wenn wir die eigentlichen Neugründungen, und zwar von Aktiennbetrieben, ins Auge fassen. Auch hier bemerken wir die Statistik des „Deutschen Oekonomist“, die auf den Eintragungen in das Zentral-Handelsregister fußt. Hier fehlt sich der Müdigkeit wesentlich einzuzeichnen; der, sowohl die Stimmung der Finanzmärkte wie die Einschätzung der Produktionszukunft war offenbar weite- re Neugründungen, nach all den vorangegangenen, nicht besonders günstig. Immerhin ist von einem Aufschwung gleichfalls keine Rede. Es wurden nämlich im ersten Halbjahr 1907 113 neue Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 147.54 Millionen Mark (pro Unternehmen 1.31 Millionen Mark) gegründet, gegen 120 Gesellschaften und 228 Millionen Mark (pro Unternehmer 1.90 Millionen Mark) in der gleichen Periode 1906. Doch finden wir hier abermals neben Gebieten der Einschränkung solche des Wachstums. Nach fast nur 3. im ersten Semester 1907 die Gründungstätigkeit auf dem Gebiete Detailver- arbeitung und Maschinenbau. Es wurden auf diesem nämlich 26 Gesellschaften mit 44.43 Millionen Mark gegründet, gegen 20 Gesellschaften mit 28.64 Millionen Mark im ersten Semester 1906. Sehr viel geringer waren dagegen die Neugründungen in der Kategorie Bergbau, Gärten, Sämlinge und Bau- und Terrainen-gesellschaften. In die erste Kategorie waren nur acht Ge- sellschaften mit 6.05 Millionen Mark Kapital einzuweisen, gegen zwölf mit 52.97 Millionen Mark im ersten Semester 1906, und in die zweite Kategorie nur acht Gesellschaften mit 6.87 Millionen Mark Kapital, gegen 21 mit 39.92 Millionen Mark im ersten Semester 1906.

Eine dritte Überlicht bietet Direktor Gottschalk-Berlin in „Tag“, nämlich über die Zahlungen einstellungen- gen und Kontur. Die Reichsbank liegt hier für das erste Vierteljahr 1907 vor; danach wäre das Bild zu- rückgefallen; fast der im ersten Quartal 1906 (als kat- fächlich eröffnet) verzeichneten 1449 Kontur, stiegen wir diesmal nur auf 1337. Aber nach Gottschalk ist das zweite Quartal diesmal ausfalligsgewand, und zwar nach unten hin, vor allem, weil es sich um Einzelfälle mit Verlus- tswahrscheinlichkeiten viel umfangreicher Art handelt. „Es läßt sich schon jetzt mit Sicherheit feststellen, daß im ersten Semester (Halbjahr) 1907 mehr verloren worden ist, als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres; es hat das haupt- sächlich darin seinen Grund, daß eine ungewöhnlich große Zahl sogenannter Warenhäuser in Zahlungsschwierigkeiten gerieten. Besonders in den rheinisch-westfälischen Industrie- gebieten, aber auch in Berlin und in anderen Landesteilen sind Fallimente dieser Art in ganz bedeutendem Umfange vorgekommen.“

Die dauernde verhältnismäßige Knappheit der War- bestände in unseren Zentralbanken und die unmerkliche Rückbildung auf den Realplatzmarkt hat in Deutsch- land und nicht minder in England Anlaß gegeben zu leb- haften Erörterungen über die Forderung der Notenbank- gesetzgebung, über Währungsreformen und ähnliches. Die Reichsbank hat neulich ein kleines Mittel empfohlen: Eine zentrale Hypothekendarstellung in angestellter soll an hiesigen Stichtagen aufzusammeln, an denen Hypothekenzahlungen in größeren Massen zu leisten sind, und durch gegenseitige Verrechnungen und schließlich durch Zu- und Abschreibungen bei der Reichsbank möglichst die wieser getheilten, hin und herlaufenden Geldzahlungen nach Kräften überflüssig machen. Ferner solle man die Zahlungsstermine möglichst vom Quartalsbetriebe wegber- legen, um die Zahlungsauflagen und damit die plötzliche Finanzbuchnahme großer Bargelbewerke zu vermindern. Solche Anregungen sind nicht ohne Wert, doch gewiß nicht

* Man kann sich den Unterschied beider Statistiken auch so verdeutlichen: Viele der neuen Kapitalbedarfe, die zu Emissionen im ersten Halbjahr 1907 führten; gingen von alten Unternehmungen aus. Ferner haben viele der neuen Aktiennbetriebe mit der Wörfe und dem Wörfe- turgesetz gar nicht zu tun; oder sie sind im ersten Halb- jahr 1907 zwar in das Handelsregister eingetragen wor- den, ohne deshalb gleichzeitig oder mit dem ganzen ein- getragenen Aktienkapital in der Liste der Emissionen er- scheinen zu müssen.

anderen Weg oder verteilt sich auf zahlreiche kleinere Ufern. Mit anderen Worten: die alten Erfahrungssätze bedürfen mehr und mehr ihre Zuverlässigkeit, und an Stellen, wo man mit niedrigem Grundwasserstand zu rechnen gewohnt war, tritt ein steigender Grundwasser- spiegel auf, während an anderen Stellen gleichsam in ganz überraschender Weise das Wasser zurückbleibt. Man hat also den Kanal verfloßt. Das kann unter Umständen sehr angenehm sein, aber wenn man mit den alten Erfahrungssätzen rechnet, die Wässer bis unter dem vermeint- lichen tiefsten Grundwasserstand eintreten, so werden dennoch die Köpfe faulen, weil mit den Jahren wahr- scheinlich der tiefste Grundwasserstand noch bedeutend fällt. Mit dieser Möglichkeit wird man vor allen Dingen in die- bebauten, beschriebenen Gebäuden rechnen müssen.

Das genannte Blatt führt ein Beispiel an. Ein großes, vierstöckiges Gebäude wurde vor etwa 15 Jahren auf Pfählen errichtet, die zwei Fuß unter der normalen Wasserlinie abgetrieben wurden. Als nun bei Bebauung eines Nachbargrundstückes einige dieser Pfähle bloß- gelegt wurden, ergab sich, daß ihre Köpfe nicht nur trocken, sondern auch ernstlich angefaulen waren, weil das Grund- wasser seit Errichtung des Gebäudes um mehrere Fuß ge- sunken war. Wenn schon nach 15 Jahren derartige Er- fahrungen auftreten, so wird man daraus den Schluß ziehen können, in welchem Zustand sich die Pfähle nach 30 oder 50 Jahren befinden müssen, zumal wenn jede Ge- legenheit fehlt, ihren Zustand zu beobachten. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß das Einmengen der Pfähle viel- fach nur den Zweck hat, den Boden dichter zusammen- zupressen, um ihn tragfähiger zu machen, und daß dann das ganze Erdreich ziemlich gleichmäßig die ganze Zeit

aufnimmt, so daß auch das Versinken einiger Pfähle nicht von weittragender Bedeutung ist. Aber das gilt doch nur von einzelnen Fällen — meist werden die Pfähle wirk- lich die Rolle der tragenden Konstruktion spielen, und dann wird das Versinken der Pfähle für den Senkung des Bau- werkes an der einen oder anderen Stelle, zu Risiken im Bauwesen führen, also bedeutenden materiellen Schaden hervorzuführen, wenn nicht gar große Gefahren mit sich bringen.

Daraus ergibt sich, daß man bei vielschichtigen Gebäuden, also überall da, wo man mit großen Lasten rechnen muß, besser tut, eine andere geeignete Fundamentart anzu- wenden. Die Senkfähigkeiten eines geeigneten Erdbes, wer- den aber bei großen Tiefen und aufstretenden Wässerständen (im Erdreich zerkrümelten, alten Mauerkellen, Baumwurzel u. dgl.) recht kostspielig, und vielfach sind sie doch auch für den in Betracht kommenden Fall unge- eignet. Da geht es sich, daß bei seit mehreren Jahren eingeführte Betonpfähle den geeigneten Erdbes der So- laphähle bildet; denn er erfüllt alle Zwecke des letzteren und besitzt bei leichter Ausführung bedeutend mehr Trag- fähigkeit und Dauerhaftigkeit. Der Kopf des Betonpfahles kann, jedenfalls nicht faulen. Allerdings sind Betonpfähle teurer als Holzpfähle; doch muß man andererseits ihre größere Tragfähigkeit in Betracht ziehen, und ferner muß man berücksichtigen, daß die Wechsellast im Verhältnis zum ganzen Bauwerk doch geringfügig sind. Diese Pfähle gewähren vollkommene Sicherheit gegen die Schwankungen des Grundwasserpiegels. Unter den bezeichneten Umfän- den an dem Fundament des Gebäudes zu bauen, heißt aber das ganze Werk, das sonst vielleicht Jahrhunderte überdauern würde, von vornherein gefährden.

man sich von ihnen nicht versprechen dürfen. Die Zahlungsstermine für Hypothekenzinsen sind, wie jeder weiß, in den Städten meist durch den Eingang der Wohnungs- und Geschäftsmieten bedingt, und diese wiederum sind mit den allgemeinen Lebens- und Wirtschaftsverhältnissen eng verflochten und nicht nach Belieben veränderlich. — Eine zweite Strömung erhebt mehr eine Reform der ganzen in Deutschland üblichen Zahlungsweise selber, vor allem durch Ausbildung des in Deutschland noch sehr wenig entwickelten Schecksystems: das heißt, des Systems, alle Bargelder möglichst einer Bank anzuvertrauen und alle Zahlungen möglichst (auf Sicht zahlbare) Anweisungen auf die Bank zu verwenden (auf Sicht zahlbare) Anweisungen auf die Bank zu verwenden (auf Sicht zahlbare) Anweisungen auf die Bank zu verwenden. Bei den Kunden derselben Bank wird alsdann die Bargeldverwendung durch Zu- und Abschreibungen ersetzt; derselbe Erfolg tritt zwischen den Kunden der verschiedenen Banken ein, wenn die Banken unter sich die Forderungen und Guthaben durch Abrechnungstellen (Clearingssystem) ausgleichen. Der tatsächliche Umlauf von Kartgeld, der zugleich mit einer Verdrängung vieler tausender kleiner Kassenbestände verbunden ist, wird so vermieden. Die deutschen Banken und großen Bankhäuser suchten schon in den letzten Monaten diese Zahlungsform mehr einzubürgern; sie verbreiteten in Massen ein „Rechnungsbuch für den Scheckverkehr“. Jetzt veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ den Entwurf eines Scheckgesetzes, nachdem man sich früher über bestimmte Formalitäten und Rechtswirkungen nicht hatte einigen können. Es scheint, daß man jetzt auf diesem Gebiet manchen alten Topf im deutschen Geschäftsleben beseitigen wird.

Berlin, 14. Juli 1907.

Mag Schippel.

Politische Umschau.

Die Last der indirekten Steuern. Nach der amtlichen Statistik hat das deutsche Volk im Jahre 1906 an Zöllen und Verbrauchssteuern, also an indirekten Steuern, 933 Millionen Mark, das ist nahezu eine Milliarde, aufgebracht. Wie glücklich ist doch der Deutsche eine „weiche“ und „gerechte“ Wirtschaftspolitik zwingt ihn, Essen, Trinken, Kleidung, alles, was zur Befriedigung der Existenzbedürfnisse erforderlich ist, zu bezahlen und zu versteuern. Die notwendigen Lebensmittel, Brot, Fleisch, Salz etc.; die notwendigen Gebrauchsartikel, Kohlenstoffe, auf die Gewerbe und Industrie angewiesen sind; die unerlässlichen Genussmittel, Tabak, Bier, Branntwein, Kaffee, Thee etc. — sie alle sind mit Zöllen oder Steuern belastet. Die Salzsteuer allein hat 55 Millionen Mark eingebracht, was nahezu 1/10 auf den Kopf der Bevölkerung des Reiches ausmacht.

Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß von dieser Belastung in erster Linie die zahlreichste Klasse der Bevölkerung, die der Lohnarbeiter, ungerührt betroffen wird. Nach gerechten steuerlichen Grundsätzen müßte jeder zu den Lasten, die durch das Staatswesen bedingt werden, beitragen nach Maßgabe seines Einkommens bzw. seines Vermögens. Aber zu diesem Grundfals bekennen sich die regierenden Faktoren im Lande mit den herrschenden Klassen und Parteien nicht. Das Reich trägt sein Finanzwesen auf das System der indirekten Belastung, durch welches die Reichen und Wohlhabenden eine weitgehende Schonung zu Ungunsten der Unbemittelten und Armen erfahren. Der Anteil der Lohnarbeiterklasse, des kleinen Gewerbetreibenden und Beamten an den Erträgen dieses Systems ist nicht nur absolut, sondern auch relativ ungleich höher, als der auf die oberen Klassen entfallende. Von einem „Ungleich“ kann bei diesem System keine Rede sein. Denn gerade die Produkte, die unbedingt konsumiert werden müssen, selbst im arbeitslosen Verhältnis, sind von der Belastung dazu auszerlesen, der Reichskasse das meiste Geld zu bringen. Selbst der Allererste verzehrt wenigstens Brot und Salz, und das so sehr, je weniger er an sonstigen Lebensmitteln, Fleisch etc., konsumieren kann. Der Millionär, der hundertmal mehr Einkommen hat als der Arbeiter, verzehrt deshalb doch nicht hundertmal mehr Brot und Salz als der Arbeiter; er ist also in diesen Punkten allein schon hundertfach bevorzugt. Alles in allem ist der Unbemittelte und Arme durch die indirekten Steuern auf unentbehrliche Verzehrer und Gebrauchsartikel im Verhältnis zum Einkommen um ein Vielfaches stärker belastet als der Wohlhabende und Reiche, der im Überfluß lebt.

Nehmen wir an — was reichlich hoch gegriffen ist — das Durchschnittseinkommen der deutschen Arbeiter, das ausreichen soll für die Erhaltung einer Familie von fünf Köpfen, sei M. 1000 pro Jahr. Bei den jetzigen hohen Zöllen und indirekten Steuern ist dieses Einkommen mit einer jährlichen indirekten Abgabe von mindestens M. 90 belastet. Das sind neun Prozent vom Einkommen. Der Reiche und Reichste aber zahlt an direkten Staatssteuern höchstens vier Prozent. Auch der Arbeiter muß solche Steuern entrichten (im Preußen, sofern sein Einkommen M. 900 übersteigt) und dazu noch Kommunalabgaben etc. Tropfen aber gibt es Leute, die hohnvoll behaupten, der Arbeiter zahle ja gar keine Steuern. Als ob die indirekte Belastung nicht bestände.

Will das arbeitende Volk von diesem ungerechten System befreit sein, so muß es bei den Wahlen zu dem Reichstage dafür sorgen, daß die bürgerlichen Parteien, die das selbe tun, im Parlament nicht mehr die Entscheidung haben, daß sie von dort verhandeln.

Frucht sozialdemokratischer Verheerung. Unter dieser Ueberschrift schreibt die agrarisch-konservative „Deutsche Tageszeitung“ folgendes:

„In Halle waren kürzlich von Streikenden auf einem Neubau, auf dem italienische Gesangsarbeiter beschäftigt waren, Baugerüststricke durchschnitten worden. Der sozialdemokratische Stadterordnete Thiel behauptete bei der Behandlung der Angelegenheit mit der seiner Partei eigenen Sachlichkeit und Ehrlichkeit, daß es offensichtlich die rüchste Tat verübt hätten. Nun ist aber, wie mitgeteilt, der freitende Maurer Rechenberg nachts direkt dabei überfallen worden, wie er auf einem Neubau die Gerüststricke durchschneiden wollte. Er vermundete dann noch einen Polizeibeamten schwer durch Revolvergeschosse, wurde aber selbst durch Schießwunden verletzt und festgenommen. Das sozialdemokratische Zentralorgan für Maurer, „Der Grundstein“, bringt jetzt folgende darauf bezügliche Notiz:

„Leider hat sich ein Streikender auch zu einer sehr zu verurteilenden Tat hinreißen lassen, die zweifellos recht unangenehme Folgen für ihn haben wird. ... Wie die Sache geschähe, wird, müssen wir an der Zurechnungsfähigkeit Rechenbergs zweifeln. So etwas tut kein Mensch mit normalen Sinnen.“

Das ist eine überaus bequeme Art, sich mit dieser Schändlichkeit abzufinden. Es wird der Sozialdemokratie aber nicht gelingen, den „Genossen“ Rechenberg von ihren Nachschüssen abzuschütteln. An ihren Früchten soll ihr sie erkennen; und Rechenberg ist und bleibt ein Produkt sozialdemokratischer Verheerung.“

Wir können dem haarschaltenden Gergorgan verraten, daß wir keinen Anlaß hatten, uns in „überaus bequemer Art“ mit der Freveltat abzufinden, sondern daß wir dem Bedarf der Erfüllung einer moralischen Pflicht genügt haben, indem wir die Tat verurteilten, und einem Gebote der Gerechtigkeit, indem wir die Zurechnungsfähigkeit des Täters bezweifelten. Diese Tat der Sozialdemokratie an die Nachschüsse hängen zu lassen, ist tendenziöse Erbärmlichkeit. Für alle die Misset, für die geistige und moralische Minderwertigkeit, die leider noch bei so manchem Proletarier anzutreffen ist, das herrschende Gesellschaftssystem mit seinem Geist der Ungerechtigkeit und rohen Gewalt verantwortlich. Dieses System kennt weder wahrhaft menschliche Erziehung, noch soziale Gerechtigkeit.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat noch in letzter Zeit die verbrecherischen Scheußlichkeiten des Kolonialheros Dr. Peters verteidigt. Sind für diese Scheußlichkeiten auch die Sozialdemokraten verantwortlich? Und verantwortlich weiter dafür, daß tagtäglich Fälle empfindlicher Soldatenmishandlung durch Vorgesetzte sich ereignen, sowie daß nicht selten „Arbeitswillige“ mit brutalster Gewalttat gegen Streikende vorgehen? Alle derartigen Missetatbestände entspringen ein und derselben Quelle: dem Geiste, der das herrschende System erzeugt und nicht sozialdemokratischer Verheerung. Die Sozialdemokratie appelliert an den gesunden Sinn der Mensch und nicht an die geistigen Abnormitäten, die jenes System erzeugt. Wir billigen auch der „Deutschen Tageszeitung“ als mitberndem Umfand zu, daß sie, beherrschend vom Geiste der Korruption, unfähig ist, gerecht zu urteilen.

Eine drastische Mahnung an die freisinnige Arbeitervereinsarbeit. Die „Westdeutsche Post“, das Organ der Hirsch-Dunderbergschen Gewerksvereine des Rheinlandes, sie schreibt:

Wir wünschen, daß der Linksliberalismus Herrn Böhm wirklich über die Klinge springen läßt, damit die unerhörliche Politik der Gegenpartei endlich ein Ende hat. Nieher ein vollkommen reaktionäres Regime als den jetzigen Zustand. Mann würde wenigstens Klavett geschaffen und dem Volke die Augen geöffnet werden. Mit schönen Worten dürfen denke Arbeiter kaum mehr gewonnen werden können, sie wollen Taten sehen.“

Die Linksliberalen werden sich auf diesen Wunsch natürlich nicht hören, sondern versuchen, mit Herrn Böhm, dem Meister des „nationalen Worts“, ihre parteipolitischen Geschäfte zu machen. Wie kann man von demselben „Freisinn“, der an der unehelichen Politik der Gegenpartei beteiligt ist, erwarten, daß er ihr ein Ende mache?

Reichsdalles in Permanenz. Im Frühling 1906 bewilligte die aus Zentrum, Nationalliberalen und Konservativen bestehende Reichstagsmajorität 180 Millionen Mark neuer Steuern, die dazu dienen sollten, die „Reichsfinanzreform“ zu vollbringen, d. h. „Redung für die notwendigen Ausgaben“ zu schaffen. Und zwar sollte diese „Redung“ nach der Versicherung der Regierung „auf Jahre hinaus neue Steuern vermeidbar machen“. Die Herren von der Regierung und die Männer des Steuerbundes enthielten sich darüber, daß die Sozialdemokraten dieser Versicherung nicht Glauben schenken wollten. Als bald aber wurde von offiziösen Febern die „Notwendigkeit“ einer weiteren Sanierung der Reichsfinanzen“ verkündet. Und nun steht längst fest, daß die Regierung für sogenannte „notwendigste“ Ausgaben, für Heer und Marine, abermals die Kleinigkeit von 250 Millionen braucht, und daß sie fast darauf rechnet, der „nationale Wod“ werde ihr diese Kleinigkeit bewilligen. Welcher Art die neuen Steuern sein sollen, darüber bewahren die maßgebenden Stellen noch Schweigen. Wie verläuft, ist u. a. eine Banderolensteuer auf Zigaretten, die 55 Millionen bringen soll, höhere Belastung des Bieres um etwa 46 Millionen und eine neue Belastung des Tabaks um etwa 46 Millionen vorgesehen. Agrarier und konservativere schlagen in ihren Organen auch eine Wehrsteuer, eine Düllungs- und Infanteriesteuern etc. vor. An waderen Helfern wird es der Regierung nicht fehlen und zu diesen Helfern wird auch das Zentrum gehören, dessen Organe bereits erklären, die einzige Möglichkeit, aus der Finanzklemme herauszukommen, sei die Bewilligung neuer Steuern. Natürlich sind hauptsächlich neue indirekte Steuern gemeint. Für das Zentrum könnte die Entscheidung darüber mit sich bringen, daß es seine frühere Stellung als anerkannte Regierungspartei wieder erlingt.

Energischen Kampf gegen das international organisierte wucherische Großkapital mit allen Mitteln und auf allen Gebieten verlangt der bayerische Handwerkerktag von der Regierung. Die „Deutsche Mittelhandskorrespondenz“ bemerkt dazu:

„Dieser Satz bedeutet eine schlimme Phrase, denn weder ist das Großkapital international organisiert, noch wucherisch. Ein Kampf mit allen Mitteln, und auf allen Gebieten gegen das Großkapital würde das Ende unserer modernen Kultur bedeuten. Man kann diese Feindschaft gegen das moderne Kapital nur mit dem blinzbärtigen Annehmen des Kampfführers gegen das rote Tuch vergleichen. Ob das aber dem Handwerk förderlich ist, dürfte doch wohl zweifelhaft sein.“

Kampf gegen das Kapital im Sinne der Bäcker ist Verurteilung. Das kapitalistische System muß sich vollenden und ausleben. Der Kampf ist zu führen gegen die Herrschaft des Kapitalismus, gegen die Monopolisierung der Produktionsmittel; das kapitalistische Privatigentum an diesen Mitteln muß umgewandelt werden in

gesellschaftliches Eigentum; die Warenproduktion muß eine sozialistische werden; nicht die Verhinderung und Vernichtung des Großbetriebes muß angestrebt werden, sondern seine Umwandlung und enbliche Sozialisierung.

Die Scharfmacher an der Arbeit. Gegen den „Koalitionszwang im Buchdruckgewerbe“ wendet sich eine Eingabe, die der Zentralverband deutscher Industrieeller an den Reichsfinanzler gerichtet hat. Es wird darin das Ergehen ausgeprochen: „dahn wirken zu wollen, daß seitens der Reichs- und Staatsbehörden und aller sonstigen amtlichen Stellen, auch der Kommunalbehörden, im Gegenlag zu dem bisher eingehaltenen Verfahren, bei der Vergütung von Drucksachen eine Bevorzugung der Mitglieder des „Ver-eins“ der Buchdrucker in keiner Weise stattfinden möge“

In der Begründung dieses Ersuchens heißt es: „Zu dieser Bitte sind wir durch den Umstand veranlaßt worden, daß eine Anzahl von Druckereien, von deren Inhabern die Unzulänglichkeit des neuen Tariffs und ganz besonders des mit ihm verbundenen „Garantievertrages“ erkannt worden sind, in neuerer Zeit einen Arbeitgeberverband für das Buchdruckergewerbe begründet haben. Er untersteht sich dem „Ver-ein“ der Deutschen Buchdrucker durchaus nicht durch geringere Beiträge für das Wohl der Arbeiter, sondern wesentlich dadurch, daß er die Wege, die der „Ver-ein“ angeblich im Interesse des gewerblichen Friedens und zur Förderung des Wohles des Buchdruckergewerbes eingeschlagen hat, nicht mitgehen will. Auch der neue Arbeitgeberverband verfolgt die Lösung: „Sorgt für das Wohl der Arbeiter“. Aber er will unter keinen Umständen die Hand dazu bieten, der Gehilfenorganisation, dem (der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften angehörenden) „Ver-bande“ der Deutschen Buchdrucker, mit dem Monopol und mit dem Koalitionszwang eine übermächtige Stellung zu verschaffen. Es ist uns auch bekannt, daß die größeren, diesem neuen Arbeitgeberverbande beigetretenen Druckereien bisher die vorgenannte Tariffurve gewahrt haben und auch weiterhin sind, sie auch ferner soweit als tunlich zu beizugehen. Wir erklären in der Bildung dieses Arbeitgeberverbandes eine im Interesse des Staats und der Gesamtheit liegende Bewegung gegen das diese Interessen einschneidende gefährdende, die Gewerkschaft und damit die Sozialdemokratie begünstigende Vorgehen des Vereins der Deutschen Buchdrucker.“

Das alte Lied! Wenn Arbeiter, und wie im Buchdruckgewerbe auch Unternehmer gemeinsam mit den Arbeitern, das Koalitionsrecht zwecks Sicherung guter Arbeitsverhältnisse prinzipiell gebrauchen, machen sie sich „ungehörigen Zwanges“ und der Begünstigung der Sozialdemokratie schuldig. Der Scharfmacherverband aber fordert gegen solche Koalition das Verwehren des behördlichen Terrorismus; auf nichts anderes läuft sein Ergehen hinaus; der Verein deutscher Buchdrucker soll behördlich boykottiert werden. Man wird im Reichstage den Reichsfinanzler fragen, wie er sich zu dieser Scharjmacherei stellt.

Auch ein „Unglück“. Eine polizeiliche Revision, die vielleicht Hunderten von Menschen das Leben rettete, ein „Unglück“ für den Unternehmer. Wie unglücklich von kapitalistischer Seite Arbeiterleben eingeschätzt werden, zeigt eine Notiz des Organs der rheinisch-westfälischen Industriellen, der „Rheinisch Westfälischen Zeitung“, die wir hier wiedergeben:

„Am 8. Juni. Wegen Vergehens gegen das Dynamitgesetz hatte sich der Tiefbauunternehmer Castellia vor der hiesigen Strafammer zu verantworten. Der Angeklagte hatte im März Sprengungen am Miespeter Bahnhofs vorzunehmen. Da er wegen des regen Eisenbahnbetriebes die Arbeiten bei Tage nicht ausführen konnte, er aber am nächsten Morgen in aller Frühe daran gehen wollte, verwahrte er das Dynamit während der Nacht in einer Kiste, anstatt den Sprengstoff nach Langersfeld zu schaffen und vor der Arbeit von dort wieder abzuholen. Unglücklicherweise (1) fand gerade an dem betreffenden Morgen ganz früh eine polizeiliche Revision statt, bei der das Vergehen entdeckt wurde. Wegen dieser kleinen Unterlassungssünde (1) mußte das Gericht den Angeklagten trotz seiner seitigeren Unbescholtenheit mit der gesetzlichen Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis belegen.“

Diese „kleine Unterlassungssünde“, durch die möglicherweise Hunderte von Arbeitern usw. ihr Leben einbüßen konnten, wurde „unglücklicherweise“ entdeckt. Fritolow kann man wohl kaum seine Mißachtung von Menschenleben ausdrücken. Als kürzlich das Printrorper Thomasfestenwerk auf behördliche Anordnung den Betrieb einstellen mußte, nachdem infolge mangelnder Schutzvorrichtung glühende Schlacke auf einen Arbeiter gefallen war, der dadurch verbrannte, da fand die Unternehmerpresse kein Wort der Kritik, obwohl es doch geradezu ungeheuerlich in dem Betriebe ausgehoben muß, wenn sich eine Behörde veranlaßt sieht, das ganze Werk zu schließen. Geseht den Fall, das Dynamit wäre bei der vorchriftswidrigen Verwahrung durch irgend einen Umstand explodiert und hätte dabei Opfer an Toten und Verwundeten gefordert, wie würde die kapitalistische Presse von dem Reichstun der — Arbeiter reden, deren Unvorsichtigkeit natürlich Schuld gewesen wäre an dem Unglück. Bestenfalls hätte sie sich zum Vergleichen einiger Krotobildsträmen aufgeschwungen, aber das ist eben kapitalistisches Moral.

Fürstin und Diener. Das Verfahren gegen die Fürstin Verde ist, wie die Zeitungen zu melden wissen, eingestellt. Wie verehrte Dame hat bekanntlich eine besondere Vorliebe für Silberzeug und Schmuck, und sie benutzte den Aufenthalt in den fashionablen Hotels dazu, ihre Silberkammer auf dem Schlosse Wasebow zu bereichern. Der ehemalige Diener Glase des Fürsten denunzierte, nachdem er aus dem Dienst entlassen, die Fürstin, worauf eine Hausdurchsuchung auf dem Schlosse vorgenommen wurde. In der Tat fand man eine Unmenge Silber vor, das aus verschiedenen Hotels in Paris und andernwärts hergestammte. Die Masse des gestohlenen Silbers war so groß, daß es in mehreren Kisten und Körben nach der Pfandkammer des Landgerichts Gützwor gebracht werden mußte. Zum Teil waren die Originalstempel der Hotels abgeschlagen und

„Streitbruch des „freien“ Maurerverbandes. Zum Auslande der Maurer, Zuger, Grund- und Hilfsarbeiter wird uns mitgeteilt, daß der Versuch der Unternehmer durch Verpfändungen, höhere Löhne zu zahlen als die Arbeiter gefordert, Arbeitswillige zu erhalten, bei den Sozialdemokraten Erfolg gehabt hat. Ein Unternehmer, der sich sehr im Druck befindet, hat mehreren christlich organisierten Arbeitern einen 8 1/2 höheren Stundenlohn als der tariflich geforderte. Als diese die Zumutung entrüstet zurückwiesen, wandte sich der Unternehmer an die „freie“ Organisation. Der „freie“ Maurerverband hat dem Unternehmer dann die gewünschten Arbeiter zur Verfügung gestellt und die Sperre über diese Arbeit aufgehoben. Dabei hat der „freie“ Maurerverband noch nicht einmal 80 Streikende zu unterstützen, während der christliche Verband weit über tausend Mitglieder im Kampfe stehen hat.“

Wir wollen, um die Wahrheitsliebe des Schreibers zu charakterisieren, darauf hinweisen, daß die schwarzen Listen des Unternehmerversandes 821 Streikende enthielten; zugegeben, daß noch 179 hinzugekommen wären, so ergibt das immer nur 1000 Ausständige. In unsere Streiklisten und der der Hilfsarbeiter sind insgesamt 167 eingetragen. Von den Schwarzaren sind mindestens 600 abgereist, das übrige ergibt sich ohne Kommentar. Am 18. Juli erschien in genannter Zeitung folgende Berichtigung:

„Es ist nicht wahr, daß der freie Maurerverband einem gesperrten Unternehmer Reute zur Verfügung gestellt hat. Der Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Vachen, hat bis jetzt weder Streikbrecher geliefert, noch solche in seiner Mitgliedschaft zu bezeichnen. Wahr ist, daß die Firma Vosswau & Knauer durch die „christliche“ Organisation freigegeben ist, trotzdem diese Firma dem Arbeitgeberverband angehört, bei der Firma zehn Wochen gestreift wurde, die streikenden Reute in der schwarzen Liste stehen und genannte Firma den Tarif nicht anerkannt respektive unterschrieben hat.“

Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker, auf dessen Angaben die richtiggestellte Notiz beruhte, teilte hierauf der Redaktion der genannten Zeitung mit, daß sozialdemokratisch organisierte Arbeiter dennoch auf mehreren gesperrten Bauten tätig sind, z. B. in der Meisenstraße und in der Ludwigsallee. Die Aushebung der Sperre bei Vosswau & Knauer sei aus Gründen geschehen, die den Sozialdemokraten mehr von Nutzen waren als den Christlichen. In der „Baugewerkschaft“ vom 21. Juli wird wiederum berichtet, daß von den Streikenden der christlichen Organisation 700 abgereist sind. Es ist hierbei zu beachten, daß der Bericht für die „Baugewerkschaft“ schon am 6. Juli geschrieben worden ist, während das „Echo der Gegenwart“ erst am 15. Juli erschien. Daraus mag man richtig erkennen, wie es mit der Wahrheitsliebe des Berichterstatters der „Baugewerkschaft“ bestellt ist.

Gau Darmstadt. In Hagen i. M. herrscht gegenwärtig ein ganz absonderlicher Zustand. Das dortige Baugewerbe ist dem Tarifvertrag für die rheinisch-westfälischen Industriegebiete angegeschlossen, und trotzdem bestehen dort schwere Differenzen. Es ist bereits durch frühere Berichte bekannt, daß sich einige Unternehmer weigern, die tarifmäßige zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. Obwohl sich das Eingangsamt mehrfach dahin ausgesprochen hat, gingen die Unternehmer nicht von ihrem Standpunkt ab. Schließlich beschloß das Eingangsamt, den Arbeitgeberorganisationen die Erzwingung eines tarifmäßigen Zustandes durch Arbeitsenehmung freizustellen. Es wurden denn auch einige Sperren verhängt, die die Folge hatten, daß vier von den widerspenstigen Unternehmern einlenkten. Nur die Herren Carl Post-Silpe, Johann Kramer-Geleise, Gebr. Schöne, Kirchstraße, Wilhelm Fischer, Rehfstraße, und Karl Boeker, Hohenlimburg (Brotfabrik „Kaiser“, Delftern) wollen nicht einsehen, daß durch beratige Maschinen der gewerbliche Frieden im Baugewerbe gefährdet wird.

Das Wichtigste bei der Geschichte ist, daß Herr Post-Vorsitzender der hiesigen Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes ist. Also auch dieser, der im § 10 des Arbeitsvertrages sein Wort gegeben hat, seinen „ganzem Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen einzusetzen“, kümmert sich nicht um die Bestimmungen, sondern handelt, als wenn es gar keinen Tarifvertrag gäbe. Der Kampf gegen die Unternehmer muß nun durchgeführt werden, und wir fordern daher alle Kollegen aus, unsere Sperrschlüssel zu respektieren. Hagen muß jetzt von den reisenden Kollegen gemieden werden; es darf kein Zug nach hier stattfinden! Wenn uns die Durchführung des Tarifs auch einige Schwierigkeiten machen wird, so werden die Unternehmer doch, wie wir hoffen, noch über aufpassen. Dieser Vertragsbruch unternommen unter Anführung des Vorsitzenden der Unternehmerorganisation, soll ihnen unberechtigter bleiben!

Gau Dresden. Der Streik in Neutitz und Umgebung ist beendet. In diesem Jahre wird der Lohn von 30 1/2 sofort auf 34 1/2 bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit und im nächsten Jahr auf 36 1/2 bei zehnstündiger Arbeitszeit erhöht. Der Vertrag läuft bis zum 31. März 1909.

Gau Erfurt. Der Kampf in Erfurt dauert unabändert fort. Auf das den Unternehmern am 21. Juni zugesandte Schreiben, worin die letzten Einigungsbedingungen der baugewerblichen Arbeiter enthalten sind, ist von den Unternehmern keine Antwort eingegangen. Nach wie vor stellt sich der Arbeitgeberbund auf den Standpunkt, nicht nachzugeben, trotz des bereitwilligen Entgegenkommens der Arbeiter. Die Arbeiter haben einem Unternehmer in einer persönlichen Aussprache gegenüber erklärt, daß ihrerseits keine weiteren Vorstöße mehr gemacht würden; bei einigem Entgegenkommen (des Bundes) hätte der Kampf im Baugewerbe längst beigelegt sein können. Die Situation hat sich etwas verändert; da es den großen Anstrengungen einiger Unternehmer gelungen ist, eine Anzahl Italiener heranzulassen. Da dadurch der Kampf verlängert wird, richtet die Zeitung des Erfurten an die auswärtigen abgereisten Kollegen, nach wie vor auszuharren, denn die 70 Italiener machen den Rest nicht fett.

Während er suchte wie die Kollegen, außergewöhnliche Vorkommnisse oder Erscheinungen, die nicht im Interesse des Streiks liegen, sofort der Streikleitung zu melden. Um das wertvolle Tun des italienischen Agenten Batti zu insizieren, ist von der Leitung alles aufgeboden worden,

aber bis jetzt ist alles gescheitert, da er stets in polizeilicher Begleitung ist. Es wird aber den Kollegen doch gelingen, ihn ungeschädigt zu machen.

Der Arbeitgeberbund in Erfurt erklärt in vorigen Blättern folgende

Beantwortung.

Die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zu Erfurt hat beschlossen, von jetzt ab wieder arbeitswillige Maurer und Zimmerer zum Stundenlohn von 50 1/2 und Bauarbeiter zum Stundenlohn von 40 1/2 einzustellen. Meldungen mündlich oder schriftlich bei den früheren Arbeitgebern.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.

Nach einem gezwungenen Kampfe ein solches Ansinnen zu stellen, wurde von den noch am Streit beteiligten Kollegen als eine Verhöhnung aufgefaßt. Die Unternehmer werden mit den Erfolgen ihrer von ihren Berliner Kollegen erlernten Taktik nicht zufrieden sein. Das geht schon daraus hervor, daß sie, jeder für sich, durch Zusätze Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zu hohem Lohn oder für Auford. arbeit Juden. Wie groß das Fiasco der Unternehmer ist, zeigt das Resultat der am 17. Juni vorgenommenen Wahlenkontrolle: Auf 33 Neubauten und 2 Umbauten arbeiteten 29 Poliere, 86 Maurer, 108 Lebringe und 151 Bauarbeiter. Dieses Resultat beweist, daß die Streikenden noch keine Veranlassung haben, den Kopf hängen zu lassen. Dies ist denn auch in einer am Montag abgehaltenen Versammlung durch einstimmige Annahme einer Resolution zum Ausdruck gebracht worden.

Gau Hamburg. Die Ausperrung in Cuxhaven ist beendet. Die Unternehmer, die wiederholt damit gedroht hatten, die Verbandsmitglieder solange auszusperrten, bis im „Grundstein“ die Warnung vor Bezug nach Cuxhaven zurückgenommen würde, haben sich endlich dazu bequemt, sich auf Verhandlungen einzulassen. Das Resultat dieser Verhandlung war, daß zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an der Unterelbe, Amt Mittelteil und Umgebung und dem Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Cuxhaven ein Tarifvertrag abgeschlossen worden ist. Nach diesem Vertrage verpflichten sich die Unternehmer, ab 1908 den Stundenlohn von 55 1/2 auf 60 1/2 zu erhöhen. Die Lohnzahlung erfolgte bisher nur alle 14 Tage, sie soll jetzt wöchentlich erfolgen. Ferner haben die Unternehmer das Versprechen gegeben, ab 1909 die neunzehnstündige Arbeitszeit einzuführen. Unsererseits hat der Arbeitsnachweis der Unternehmer anerkannt werden müssen. Unsere Kollegen können vorläufig mit dem Erfolg zufrieden sein. Die Ausperrung erfolgte bekanntlich, weil unsere Kollegen nicht durch Unterstich ihren Austritt aus dem Verbands erklären wollten. Forderungen waren in diesem Jahre nicht gestellt worden. Heute waren die Unternehmer froh, mit dem Verband einen Vertrag abzuschließen zu können. Es wurde den Unternehmern versprochen, 40 bis 50 Verbandsmitglieder für Cuxhaven nachzusenden.

In Sondernhagen ist bei der Firma Randsmann & Aude und Aug. Thomsen die Arbeit eingestellt worden. Beide Firmen gehören dem Arbeitgeberverband in Schleswig an. Der letztere hat während des Streits der Bauarbeiter überall versucht, die außerhäufig Seltsam in Arbeit stehenden Kollegen aus der Arbeit zu verdrängen, damit sie einen Druck auf die Bauarbeiter ausüben könnten. Diesem Geschehen gegenüber sollen die Arbeitseinstellungen als Gegenmaßnahmen gelten.

Der Streik der Maurer und Zimmerer in Oshenwärde ist aufgehoben. Die am Streit beteiligten Maurer und Zimmerer arbeiten alle zu den neuen Bedingungen. Ueber das Baugeschäft von G. Wieden, Oshenwärde, H. Weber, Maurermeister in Spatenland, und H. Mint, Zimmermeister in Moorstedt, ist die Sperre verhängt, weil diese drei Herren glauben, ohne die Anerkennung des neuen Tarifes auszukommen. Die Zukunft wird auch diese Herren eines Besseren belehren. In der letzten Mitgliederversammlung wurde scharf kritisiert, daß bei dem Unternehmern Hoffmann, Zimmerer, aus Bergedorf arbeiten, obwohl der Tarif hier nicht anerkannt ist. Herr Hoffmann läßt seine notwendigen Arbeiten von den organisierten Zimmerern aus Bergedorf aus dem geforderten Lohn fertig machen und damit vielleicht, hätte die Zimmerer von Oshenwärde mit dem alten Lohn wieder abweisen zu können. Daß dieser Unternehmer in seinem Vorgehen durch organisierte Zimmerer unterstützt wird, sollte man kaum für möglich halten. Während der Dauer des Streits (16 Wochen) war nur ein Streikbrecher zu bezeichnen, und dieser hatte die Arbeit überhaupt nicht eingestellt.

Gau Hannover. Die Sperre über Bröder in Schötmar ist erledigt, indem derselbe bewilligt hat.

In Herzord sind Streik und Ausperrung beendet, die Arbeit wird am 23. Juli wieder aufgenommen. Die Forderungen unserer Kollegen haben sich nicht alle durchführen lassen, dank dem Streikbruch der christlichen Organisation. Am Montag darf die christlich-italienische Paarung der Unternehmer noch ihre Liebesdienste erweisen, erhält dann den wohlverdienten Gehalt, um am Dienstag früh die Arbeitsplätze zu räumen. Demnach unsere Kollegen mit solchen Männern zusammen arbeiten sollen, müßt ihnen selbst kein Unternehmern zu. Wie nun die christliche Sippe, diese um Hildebrandt, Windolf, Barke u. a., nicht zu beseitigen, den Streikbruch noch verteidigen wollen, darauf darf man wohl gespannt sein. Unsere Erfordere Kollegen haben brav gekämpft; obwohl der Kampf, indem die Christlichen sofort als Streikbrecher die gesperrten Bauten besetzten, ziemlich beschwerlich war, sind Streikbrecher in unserer Reihe nicht zu bezeichnen. Eine Lohnverhöhung für dieses Jahr hat sich nicht erreichen lassen, sondern erst für den 1. April 1908; der Lohn erhöht sich dann von 42 auf 45 1/2. Die Unternehmer haben auch den Wunsch ausgesprochen, einen Vertrag auf einige Jahre abzuschließen. Hiermit hat sich die Verhandlungskommission unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß eine stufenweise Lohnverhöhung vorgehen wird. Ueber diese und die weiteren Vertragsbedingungen sollen später noch Verhandlungen stattfinden.

In Celle dauern die Verhandlungen unabändert fort. Die Unternehmer laufen sich die Füße wund nach Streikbrechern, und wenn es ihnen hier und da gelungen ist, eine Kolonne zusammenzuführen, so wird ihnen diese, wie in Duisburg, noch aus den Händen entwandern. Besondere Vorliebe zeigen sie für

Solländer. In letzter Woche sind auch einige Trupps angelangt, aber was an brauchbaren Leuten darunter war, ist nach erhaltener Information wieder abgemamt.

In Wunstorf ist Dienstag, den 16. Juli, die Arbeit einmütig eingestellt worden. Nur ein einziger „Kollege“ blieb als „arbeitswillig“ stehen. Aber der kluge Wobbenitz weiß sich zu helfen. Ihm ist der Erwerbungsband am Bahnhofs übertragen, und da die Arbeiten drängen, mußte Rat geschloffen werden, und so müssen nun die Eisenbahnmaurer als Streikbrecher einrücken. Ein solches Exemplar ist aus der nächsten Station Halle eingetroffen und drei andere aus Hannover, hierunter ein den hannoverschen Kollegen sehr gut bekannter Mosler, der jahrelang unserer Organisation angehört und ausral, als er königlicher Eisenbahn-Direktions-Maurer wurde. Ansehend glaubt er nun, mit diesem Titel auch Legitimation zum Streikbruch erhalten zu haben. Unsere hannoverschen Kollegen werden ihm ein gutes Andenken bewahren.

In Springe hat der Kampf wesentlich schärfere Formen angenommen. Die Firma Sulze & Schröder hat dem Drängen des hannoverschen Arbeitgeberverbandes und seiner Bundesgenossen in Springe endlich Nachgebung fragen müssen und hat mehrere Kollegen entlassen, und zwar zunächst die, von denen man hoffte, daß sie die Arbeit bei den Springer Unternehmern zunächst aufsuchen würden. Aber schlagend. Die Springer Unternehmer sind eben in eine andere Verlegenheit geraten. Zum Unglück hat das Feuer seine zerstörende Wucht fühlen lassen und die Arbeitsgelegenheit beschaffen, so daß die Unternehmer bald ihr hohes Maß abtrotzen müssen.

In Gr. Seere, zum Zweigverein Hildesheim gehörend, haben die Unternehmer den Lohn, man möchte fast sagen freiwillig, von 28 1/2 auf 30 1/2 erhöht; die Kollegen hatten die Absicht, diesen Sommer in überer Anzahl in Hannover und Hildesheim zu arbeiten, und hatten bei der Eisenbahndirektion den Antrag auf Arbeiterfahrkarten gestellt. Hier von hatten die Unternehmer Wind bekommen und flugs hat man den Lohn um 2 1/2 erhöht. In Betracht kommen drei Unternehmer und etwa 50 Kollegen. Diese gehören heute dem Zweigverein Hildesheim an.

Gau Leipzig. Eine gut besuchte öffentliche Mauerverammlung tagte in Chemnitz am 16. Juli. Kollege Gustav Jakob aus Leipzig berichtete über den Stand der Bewegung. Streikende Kollegen sind noch 42 am Orte zu unterstützen; zu den neuen Bedingungen arbeiten 520 Kollegen und 450 arbeiten zu den alten Bedingungen als „Arbeitswillige“. Redner äußerte sich dahin, daß in Chemnitz schon im vornherein mit dieser Zahl von „Arbeitswilligen“ zu rechnen war. Er betonte, daß bei allen Kämpfen in der Arbeiterbewegung mit diesem Uebel zu rechnen sei, so daß kein Grund vorliege, zu pessimistischen Ansichten zu kommen. Der Kampf müsse vielmehr fest und einig weitergeführt werden. Die Arbeitskräfte, die den Unternehmern jetzt zur Verfügung ständen, könnten zum großen Teil nicht den Anforderungen genügen, die in geregelten Zeiten an einen Maurer gestellt werden. Wenn die Unternehmer sich jetzt auf den Herrenstandpunkt stellen, so hätten auch wir keine Ursache, zu Kreuze zu ziehen, da der deutsche Maurerverband Mittel genug besitze, Kämpfe zu führen. Redner wies noch darauf hin, daß im vorigen Jahre in Zwickau, Reichenbach und Grimnitzkämpfe von 14-, 15- und 16wöchiger Dauer geführt wurden, und daß wir auch hier noch lange streifen könnten. Kollege Bedert wies darauf hin, daß wir jetzt in der Hochkonjunktur stehen, wo ja 2000 Maurer in Chemnitz beschäftigt werden könnten. Es sei also kein Grund vorhanden, Verstärkungen zu legen. Kollege Badmann legte den Kollegen aus Herz, die Organisation nicht lediglich als Streikorganisation zu betrachten, sondern sich überhaupt mehr mit dem Organisationsgedanken vertraut zu machen. Der Vorsitzende Kollege Gaisch forderte die Anwesenden auf, den Kampf mehr sachlich zu führen und auch die Akkordarbeit möglichst einzuführen.

Das Streitegebiet umfaßt die Ortsgassen Chemnitz, Reichenbrand, Siegmara, Neustadt, Schöndau, Rabenstein, Ruitlof, Borna, Furt, Glöha und Silberdorf, ferner Wernsdorf und Harthau. Von allen diesen Orten ist der Bezug ferngehalten.

Der Streik in Halle a. d. Saale ist am 15. Juli beendet worden. Die Unterhandlungen hatten nach längerem Festsitzen zu folgendem Abkommen geführt: Die Unternehmer haben ihren Beschluß vom 28. Mai auf, wonach die Maurer, die nicht bis zum 3. Juni die Arbeit wieder aufnehmen, 50 1/2 Stundenlohn erhalten sollen, im Gegenzug zu den Streikbrechern, die mit 52 1/2 entlohnt werden sollten. Die Arbeiter ziehen die Forderung auf Verfüzung der Arbeitszeit zurück. Bei Wiederaufnahme der Arbeit werden 52 1/2 gefahrt, vom 1. Oktober 1907 bis 31. März 1908 55 1/2, vom 1. April 1908 bis 1. April 1909 56 1/2 und von da an 57 1/2 bei zehnstündiger Arbeitszeit. Diese Abmachungen wurden am 15. Juli von den Arbeitern in gebührender Abstimmung gegen beträchtliche Minderheiten angenommen. Der Streik in Halle hat am 28. April angefangen, er hat also reichlich 11 Wochen gedauert. Diesen schweren Opfern entspricht nun freilich der Erfolg nicht; das letzte Angebot der Unternehmer vor dem Streik enthielt ähnliche Sätze. Wir wollen auch nicht versuchen, diesen verlorenen Kampf in einen Sieg umzuwandeln, damit würden wir unsere halbeschen Kollegen keinen guten Dienst erweisen. Die Ursache des Mißerfolges liegt ja klar vor unser aller Augen: die ungenügend hohe Zahl italienischer Streikbrecher. Sätze ist seit einem Jahrzehnt der Sammelpunkt des ausländischen Streikbrecherhandels; dort sitzen die dunklen Ehrenmänner, deren täglich Brot der Streikbrecherimport ist. Man konnte sich denken, daß sie sich in diesem Falle besonders anstrengen würden. Sie haben es fertig gebracht, die so liberals-tapfer und einmütig geführte Bewegung unserer Kollegen zu erschüttern. Ob die Unternehmer allerdings ihres Sieges froh werden, ist eine andere Frage, die die Zukunft beantworten wird. Es wird von den halbeschen Kollegen abhängen, welche Folgen dieser Kampf haben wird. Sie haben jetzt nicht weniger ihre Standhaftigkeit zu zeigen, als in den Tagen des Kampfes. Denn nun wird es nicht selten an all den „guten Freunden“, die ihnen da Vermunft zu predigen glauben müssen. Man wird ihnen vorreden, wie vergeblich sie die schweren Opfer gebracht hätten, wie leicht und gut sie es hätten haben können, wenn sie mehr Gefügigkeit für die Wünsche der Unternehmer gezeigt hätten.

Die Halleluiah-Bewegung wird sich, das hoffen wir zuversichtlich, gegen verdrängende Entmannungsversuche geltend machen...

Gau Hildes. In R e h n a i. M. forderten die Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 3/4...

Gau Mannheim. Der Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter in St. Ludwig ist nun beendet. Genau sieben Wochen waren notwendig, um die Unternehmer vor St. Ludwig zu überzeugen...

Geldbesitzung für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Müller, Samberg 1, Weisenbüchelhof 50, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Poststempel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

Gau Stuttgart. Die Lohnbewegung der in unserem Verbande organisierten Zementarbeiter in Stuttgart ist vorläufig abgeklungen...

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Verband der Extrabeitragsmarken. Die Extrabeitragsmarken sind bis zum 20. Juli alle versandt worden.

Streikregeln darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgeführt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Streikurkunde. Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfützung auszugeben ist.

Geldbesitzung für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Müller, Samberg 1, Weisenbüchelhof 50, zu adressieren.

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

- Stelle M. 95,20, Nürnberg 4197,13, Stuttgart 4000,44, Karlsruhe 3722,06, Bremerhaven 1559,99, Gera 1996,94, Reichenheim 796,47, Speyer 750, Landshut a. d. W. 615,22, Linna 590,71, Bergen a. N. 575,41, Reine 542,89, Neusscheid 538,92, Westerland 474,81, Wankenburg a. S. 448,83, Duisburg 443,01, Norden 438,42, Herne 436,38, Bonn 380,92, Aachen 370,56, Mülheim a. d. Elbe 358,93, Elsterberg 349,12, Gohndorf 344,44, Finsterwalde 339,42, Mohnheim 337,15, Wismar 329,50, Striegau 327,72, Seelitz 313, Habersleben 310,83, Wolfenbüttel 299,34, Gombach 289,07, Lörach 288,77, Luda 285,08, Ralswiek 283,40, Treuenbrietzen 283,32, Wansin 282,76, Marienwerder 281,58, Friedland a. M. 278,56, Döhrsen 276,80, Arnstadt 370,13, Graubenz 268,90, Mey 264,84, Alt-Damm 258,68, Heidenberg 256,24, Königswinterhausen 253,63, Weida 253,37, Löwenberg a. S. 250,84, Sauburg a. d. Elbe 221,42, Seeburg a. d. M. 233,91, Götting 260,60, Leichendorf 229,51, Anklam 227,33, Mengersleben 224,95, Alten 222,08, Leisnig 221,73, Duedelburg 212,12, Bernsdorf 202,36, Brunnshaupten 203,16, Gießen 198,27, Rattow (Rade) 200, Rauen 195,91, Wände 186,64, Elfrich 185,84, Klosterlausitz 183,36, Kayna 182,32, Neutlingen 180,56, Jüterbog 170,84, Ralswiek 158,24, Stade 153,60, Staltdorf 147,54, König 145,50, Neuzelle 145,42, Pöhlitz 143,20, Helmstedt 133,06, Wulfershausen 131,46, Jork 131,37, Jerichow 122,07, Liepe 125,01, Sersburg 122,82, Droyßig 122,71, Hagenow 109,66, Kötzting 108,95, Neustadt (Goltz) 106,76, Blattling 103,88, Kreischa 102,80, Sommerberg 101,95, Wilmstedt 94,12, Brandis 85,23, Eddin 85,04, Speyer 82,14, Wilmstedt 84,90, Wankenburg a. S. 146,38, Teterow 81,72, Mengersleben 77,45, Ralswiek 76,20, Schönhausen 69,96, Waltershausen 60,84, Dautzborn 60,82, Wittberg 56,05, Uffen 58,36, Elfrich 42,96, Wiede 40,56, Meiningen 40,45, Fretzdorf 37,94, Hartha 30,29, Schwandorf 49,80, Brestlau 7240,25, Bodum 4930, Neuhaus a. d. Elbe 75,45, Bremen 4000, Erfurt 1726,46, Hannover 1064,25, Herberode a. S. 958,87, Eberswalde 859,92, Eintracht 638,47, Taucha a. S. 545,54, Frankfurt a. d. E. 540,31, Grünberg a. S. 545,76, Siedow 479,25, Guttin 471,32, Wittfeld 458,77, Scheibitz 448,87, Hörde 445,52, Werda 420,83, Müterberg 408,95, Siggitz a. S. 396,76, Trautenstein 394,68, Ratow 364,32, Mühlhausen 360,08, Querfurt 341,37, Weisenfels 326,70, Reinfeld 325,97, Colberg 319,10, Dören 316,20, Grünberg (Rosen) 310,20, Witten 309,65, Schweinfurt 289,48, Wittmund 289,56, Wubitz 280,36, Sarmund 270,79, Widoow 260, Pöhlitz 254,93, Mengersdorf 250,82, Roffen 242,94, Rübben 239,68, Seifen 245,10, Mengersdorf 240,88, Hoffenlöhre 223,04, Tondern 221,99, Genthin 220,83, Schönberg 219,07, Wargitz 208,48, Goldberg (Schlef.) 201,93,

- Döbeln 199,29, Schleswig 196,50, Obhausen 193,24, Sammerleben 189,86, Schönwalde (Marz) 179,19, Brügge 177,46, Probsthella 176,80, Albernberg 173,56, Steinhilber 168,92, Meinersdorf 165,62, Wankenburg a. S. 159,60, Neppen 156,83, Mühlenberg 155,20, Sadow 153,28, Wernuchen 149,36, Niederhonne 142,45, Gubersleben 141,96, Meinersdorf 140,44, Wügow 140,40, Austerlitz 138,80, Gieshof (Bommern) 136,52, Weichau 135,99, Neppen 134,08, Salgfusen 132,98, Gemmoor 132,80, Grandeborn 132,64, Schwanberg 126,45, Serdingen 124,86, Gieshof 123,48, Nörtheln 119,32, Bärzig 116,78, Wirtbaum 116, Langenitz 115,52, Nheba 111,59, Wiedeln 111,20, Pletzenberg 109,20, Eggstein 108,42, Wientental 105,10, Fandenberg 102,95, Walsrode 101,46, Wlomburg (Tipp) 96,50, Goldberg a. M. 96, Weisel 95,25, Elmstein 90,10, Sadow 87,36, Kirchhain 85,08, Loitz 78,88, Leisnig 78,48, Götzig a. d. W. 73,68, Neustötter 71,15, Müllers b. Leipzig 65, Ludwigslust 63,54, Großhaderb. 61,82, Neustädtel a. S. 60, Düringhof 59,62, Wittenwalde a. d. M. 56,66, Langenfelde 55,33, Bendorff 50, Ausleben 49,28, Jarentin 45,40, Jechin 42,71, Laufen a. Bay. 42,12, Eritzig 38,64, Gr. Fretzen 29,16, Jacobsfagen 29,11, Slibbede 21,70, Krittau 6,82, Gramzow 2,70, König -50, Dresden 14418,88, Danzig 2448,68, Hagen a. M. 1943,78, Gemmigt 1636,95, Cöln 1600, Dortmund 1416,62, Burzen 759,78, Sorau 680,82, Langenbela 567,08, Frenshau 500, Gummersdorf 469,44, Golltau 468,59, Demmin 458,88, Neudamm 443,98, Osterholz-Scharmbeck 442,34, Barby 440,94, Hertzfeld 436,76, Polzda 430,85, Salgfusen 402,11, Lehmin 379,94, Jülichau 375,11, Brinsum 370,94, Meuselwitz 329,59, Nordhausen 316,91, Calbe 313,40, Sayna 288,67, Cöln 278,29, Coburg 279,57, Barneimünde 265,02, Gießelitz 249,64, Gr. Meudorf 247,27, Seimfeld 243, Langelsheim 230,40, Weizburg a. d. Elbe 227,60, Neuenburg a. d. Saale 227,10, Lauterberg 222,40, Tautenhain 217,14, Gr. Mosen 214,16, Straßburg a. W. 215,52, Reize 214,58, Rindau a. Bayern 214,36, Colbitz 203,25, Krausnick 195,07, Weiskirchen 191,12, Teupitz 187,60, Jäderitz 179,18, Göttingen 174,57, Hohenfals 173,22, Kappel 168,66, Woldenberg 161,45, Templin 155,76, Grottau 145,50, Meiersberg 150,07, Gohlfershausen 141,46, Gr. Schnefeld 139,52, Sommerda 134,13, Kurich 133,96, Oertrö (Spr.) 136,87, Segersmühle 131,75, Jümenau 124,69, Gölzow 128,84, Wilmungen 126,48, Wolsenheim 117,72, Hammer b. Witz 114,56, Schönwalde (Spreewald) 113,58, Sagan 105,61, Fichtberg 105,40, Remberg 103,34, Rönneburg 98,86, Wiedershausen 95,01, Dargun 98,28, Gassen 97,01, Conderburg 81,75, Gölchen 81,28, Jümmnitz 82,98, Großh. 65,92, Pappitz 59,50, Wegeleben 62,84, Wrislow 57,76, Garg a. d. B. 57,64, Hünzberg 42,30, Gohr 53,16, Herzogentaura 50,48, Gehr 50,48, Eritzig 50,54, Döhlen 50,36, Wilsdorf 50,01, Polchitz 48,04, Hammer bei Jägnitz 45,91, Wüchitz 43,49, Neubrandenburg 44,11, Jerschow 36,95, Döhlen im Vogl. 34,24, Neuhagen 24,95, Brielitz b. Brand 21,63, Auerberg 20, Papenburg 15,68, Lachdorf 7,84, Augustburg 1851,49, Forst 773,46, Wahrenitz 554,84, Jerschow 524,21, Wielefeld 488,98, Caputh 460,24, Neufals 395,76, Roffen a. E. 333,66, Neumarkt a. S. 344,92, Brand b. Mündchen 334,28, Weiskitz 271,13, Hainrode 260,83, Schwargenberg a. Erzgeb. 255,84, Werleberg 252,90, Gölchen 237,87, Wilschdorf 233,32, Schöppitz 226,91, Dreez 206,49, Frankenhansen 196,21, Walsdorf 181,95, Neuenburg a. d. Weiser 170,82, Amberg a. Bay. 162,11, Brate 151,56, Ertmühle 160,58, Ederndorf 122,92, Raffau 119,08, Dömitz 127,20, Hammelstädt 99,10, Berne 102,05, Fretzen 99,85, Rortorf 99,80, Lohau 92,45, Werder a. d. Ruhr 82,74, Weiskirchen (Garg) 68,40, Ringen 66,50, Oberhorne 61,92, Jerschow 62,48, Bernsdorf (Oberlausitz) 47,61, Wöden 45,05, Jastraw 21,28, Sobitz 16,26, Ausleben 14,92, Meiß 10,55, Neuhagen a. d. Ddra 9,92, Brielitz 8,00, Munnheim 4016,63, St. Johann 1282,89, Heilsberg 1018,22, Fretzen a. S. 914,35, Sitteshelm 736,93, Dranienburg 771,08, Wilsheim-Oberhausen 522,64, Friedrichshagen 518,08, Hargburg 488,55, Eisleben 445, Eolp a. Pom. 438, Waungen 404,78, Hof 381,21, Stralburg 304,22, Cuxow 298,42, Leer 262,55, Wittenberg (Bez. Halle) 229,69, Oberhain 212,54, Fretzen a. d. N. 172,57, Riffingen 161,65, Mülldorf a. Wapern 155,41, Weiskirchen 152,64, Habelberg 144,04, Ingolstadt 138,47, Pödejuz 110,39, Fretzen 101,63, Jerschow 99,01, Wergedorf 95,88, Ebingen 98,64, Schwan 82,85, Schwanab 80,48, Waffersberg 66,58, Königliche F. H. 54,48, Hirschel 30,36, Mohr a. Th. 6, Prenzlau 2,86, Dammstadt 3228,54, Magdeburg 7500, Reichenbach a. B. 15,45, Gienach 1429,37, Witten 800, Weihen 730,85, Strauberg 383,07, Colmar a. S. 282,89, Hamm 274, Wapern 272,48, Fretzen 259,08, Limbach 219,56, Lambrecht 184,86, Weiser 172,09, Fretzen 166,72, Wilsnack 159,76, Mülch 153,79, Reiskirchen 141,68, Joachimsthal 131,10, Barel 127,30, Königberg a. d. N. 82,50, Cottbus 77,96, Zeltgang 67,54, Alt-Schneeberg 76,76, Salgfusen 13,30.

b) Für Futterale.

- Audenwalde M. 5, Wolfenbüttel 2, Werra 8,30, Bernsdorf 2, Meiningen 1,50, Müritzen 20, Bremerhaven 10, Reine 3, Gohndorf 5, Arnstadt 2, Mey 30, Wände 2,50, Jork 1,50, Mengersleben 2, Wittenberge 5, Fretzen 2, Erfurt 10, Hannover 40, Grünberg a. S. 1, Weiskirchen 5, Gemmoor 1, Schleswig 1, Wittenberg 2, Meinersdorf 3, Salgfusen 3, Wittenberg 1,50, Wientental 1, Walsrode 2, Sadow 1,20, Neustötter 1, Danzig 20, Hagen 80, Neudamm 1, Polzda 2, Jülichau 2, Meuselwitz 5, Nordhausen 5, Sayna 2, Colbitz 1, Weiskirchen 1, Kappel 1, Sommerda 2, Jümenau 1,50, Wolsenheim 3, Lüneburg 1, Caputh 2, Roffen 5, Neumarkt a. S. 1, Brand b. Mündchen 3, Gölchen 2,40, Walsdorf 1, Amberg 2, Werden a. d. N. 3, Dörhorne 1, St. Johann 20, Fretzen a. S. 5, Sitteshelm 5, Friedrichshagen 2, Stralburg 5, Ingolstadt 5, Schweinab 2,50, Mohr 5, Limbach 10, Reiskirchen 1, Dessau 5.

c) Protokolle vom neunten Verbandstag in Cöln.

- Münster 6,68, Landsberg a. d. W. 57, Reine 13, Neusscheid 21, Westerland 5,80, Wankenburg a. S. 11, Duisburg 22, Norden 17,40, Gohndorf 16, Arnstadt 7, Graubenz 11, Mey 12, Königswinterhausen 11, Wittenberg a. S. 1, Leipzig 3, Gießen 5, Wände 11, Kayna 3, Ralswiek 3, Jork 7, Droyßig 3, Sonneberg 11, Brandis 12,20, Teterow 7, Mengersleben 7, Wittenberge 6, Wiede 1,40, Wachen 11, Gelle 11, Bochum 63, Göttingen 11, Wölkow 7, Weiskirchen 5, Hannover 100, Guttin 3, Wittfeld 11, Scheibitz 3, Hörde 11, Werba 3, Jüterbog 16, Trautenstein 11, Weiskirchen 31, Colberg 3, Grünberg in Posen 4, Schweinfurt 11,50, Ruffen 3, Roffen 7, Rübben 20, Roffenlöhre 3, Wittenberg 6, Niederhonne 2, Gubersleben 2, Gemmoor 2, Schwargenberg 4, Langenitz 3, Nheba 4, Weiskirchen 2,

den Ertragsbeitrag ohne Strafen und gern bezahl. Bei Nichtbezahlung treten die diesbezüglichen Bestimmungen des Statuts in Kraft. Weiter geben wir hiermit bekannt, daß in der Mitgliederversammlung vom 5. Juni d. J. einstimmig der Beschluß gefaßt worden ist, seine Arbeitszeit im Kaiser-Lobngebiet mehr zu machen. Dieser Beschluß ist für alle Kollegen maßgebend; Persönlichkeiten haben den Beschluß zur Folge. Weiter gab Kollege Wöhe bekannt, daß die Rechtsauskunftsstelle vom 1. Juli ab ins Leben getreten ist. Sie erteilt die unentgeltliche Auskunft auf allen Gebieten der Rechtspflege. Sie befindet sich Greifstraße 15 und ist geöffnet von 12 bis 2 Uhr Mittags und von 6 bis 8 Uhr Abends, Sonntags von 11 bis 1 Uhr Mittags. Als Hinweis gilt das Mitgliederbuch.

Schweidnitz. Anlässlich des schon seit Anfang Mai dauernden Zimmerstreits versuchten es die Unternehmer verschiedentlich, unsere Kollegen als Streifbrüder zu benutzen. Nachdem das dem Unternehmer Juppe gelungen war, der freiwillig nur indifferente Maurer beschäftigte, glaubte auch die Firma Karre & Jansopf, Wlad damit zu haben. Dort mutete man unseren Kollegen zu, für streikführende Zimmerer Dielen heranzufahren. Natürlich weigerten sie sich, da sie sämtlich organisiert sind. Darauf meinte der Unternehmer Karre, wenn das nicht passe, der könne seine Karte bekommen. Von diesem Angebot machten denn auch 25 Kollegen Gebrauch. Nun aber legt Karre das Innungsstreitgericht in Bewegung, und da er dort unter Eid tritt, seine Zustimmung zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses gegeben zu haben, erzielte er denn auch, daß 18 Kollegen zur Zahlung von je M. 10,80 Schadenersatz verurteilt wurden. Das ist nun ein Urteil, wie man es von einem Innungsstreitgericht nicht anders erwarten kann. Es wird noch unerklärlich, da unsere Kollegen nach 5 Tagen die Arbeit wieder aufnahmen und Karre selbst schließlich erklärte, daß er nie wieder eintreten könne. Wir müssen uns nun rüsten, um bei einer besseren Baupolitik mit unserer Unternehmung einmal abrechnen zu können und um die empörende Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß Schweidnitz ganz allein im weiten Umkreise die allerschwersten Arbeitsbedingungen hat.

Stendal. Der hiesige Zweigverein hielt Sonntag, den 7. Juli, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die nur mittelmäßig besucht war. Als Referent war in Vertretung des auswärtigen Kollegen Etzien aus Magdeburg anwesend. Er sprach über die Schädlichkeit der Alfordarbeit. Sein einflussreicher Vortrag wurde von den Kollegen mit Begeisterung aufgenommen. Auch über den vom Verbandsvorstand ausgearbeiteten Ertragsbeitrag sprach der Referent. Auch diesen Ausführungen wurde von der Versammlung zugestimmt. Ueber das Genossenschaftswesen sprach der Kollege G. Prehm. Er forderte die Kollegen auf, sich mehr dem Konsumverein anzuschließen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Stuttgart. Eine am 18. Juli im Gewerkschaftshaus abgehaltene Versammlung von Baudeckelern, Hilfskassierern und sonstigen Verbandsfunktionären befaßte sich mit der ausgearbeiteten Forderung eines Ertragsbeitrages und beschloß nach anschließender Debatte ein in 11 mit folgende Resolution: „Die heute stattfindende Versammlung der Funktionäre des Zweigvereins Stuttgart erklärt ihre volle Zustimmung zu dem vom Verbandsvorstand und den übrigen zuständigen Verbandsinstanzen ausgearbeiteten Ertragsbeitrag. Die Versammlung fordert alle Verbandsmitglieder auf, den Ertragsbeitrag pünktlich zu zahlen, um dadurch den die Verfügung der Arbeitszeit kämpfenden Berliner Kollegen ihre Sympathie auszudrücken und außerdem den Unternehmern zu zeigen, daß die Baubetriebsräte Deutschlands ernstlich gewillt ist, auch in Zukunft ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse wesentlich zu verbessern.“

Wongrowitz. Am 7. Juli tagte hier eine Mitgliederversammlung, die sich mit der Hochhaltung der vertraglichen Bestimmungen befaßte. Einige Kollegen arbeiten bei Leberlandarbeiten 11 Stunden und bei den Bahnbrücken sogar 12 Stunden, statt 10½. Kollege Schulz aus Posen verteilte diese Durchbrechung der festgesetzten Arbeitszeit und bewies die Kollegen darauf, daß gute Sitten durch schlechte Beispiele leicht verderben würden. Wenn den Kollegen jetzt aber schon die gmeinheitsmäßige Arbeitszeit zu wenig sei, wie solle es dann erst im nächsten Jahre werden, wo die gmeinheitsmäßige Arbeitszeit in Kraft tritt! Die Unternehmer merken sich solche Verträge und sind gern geneigt, bei schlechter Konjunktur von solchen Unregelmäßigkeiten ausgiebigen Gebrauch zu machen. Dadurch würde bei schlechter Konjunktur die Arbeitslosigkeit vergrößert, und durch diese sei es den Unternehmern wieder möglich, die Löhne nach ihrem Geschmack zu regeln. Wollten die Kollegen in Zukunft keine Verschlechterungen, dann müßten sie auch in Zeiten der Vertragsdauer einig über ihr Tun sein. Die verlesene Abrechnung zeigte ebenfalls, wie Kollege Schulz bemerkte, Lässigkeit der Kollegen; denn sonst müßten bedeutend mehr Vertragsmarten verkauft sein. Es sollten Vorstand und Mitglieder gemeinsam scharf gegen die Lässigen vorgehen, was um so notwendiger sei, da wir nicht voraussehen könnten, was uns das nächste Jahr für die Provinz Posen bescheren würde. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Fliesenleger.

Gelsenkirchen. Durch die Einigkeit der Fliesenleger im vorigen Jahre kam es zwischen den Blattengeschäftsinhabern und Legern zu einem Tarifvertrag. Trotzdem nun dieser Vertrag von beiden Seiten unterschrieben ist, finden einige Geschäftsinhaber es mit ihrer Firma vereinbar, diesen Vertrag zu umgehen. So ist hier die Firma Haltern in G. Bismarck. Derselbe versuchte neu angenommene Legern nach auswärts zu schicken, ohne die tarifliche Zulage zu zahlen, welches Ansuchen die Legern ablehnten. Darauf legte die Firma den Legern ein Buch vor, das diese und jene Legern ebenfalls ohne Zulage gearbeitet hätten, hütete sich aber, die Legern in das Buch hineinstecken zu lassen. Auch die Firma C. und H. Berelmann hat es nicht für nötig, den unterschriebenen Vertrag einzuhalten. Kommt da ein Legern, H. Müller, mit seinem zwei Söhnen aus Sagen, und als nach kurzer Zeit eine Geschäftsbesprechung stattfand, stellte es sich heraus, daß Müller mit seinen Söhnen 10 Stunden anstatt 9 gearbeitet hätte. Da nun bei 10 Stunden eine Ueberstunde war, müßte derselbe mit 15 1/4 Aufschlag vergütet werden, was bei drei Mann einen Ausfall von M. 270 ausmacht. Diese Vorkommnisse zeigen so recht, wie notwendig

es ist, den durch stinkhöchsten Streik errungenen Tarif in allen Teilen hochzuhalten, zumal derselbe im nächsten Jahre schon abläuft. Wenn die Fliesenleger jetzt, nachdem der Tarif kaum ein Jahr bestanden hat, nicht für die strikte Durchführung sorgen, dann das Unternehmertum für die Zukunft freies Spiel. Immer muß auf das Solidaritätsgefühl hingewiesen werden, die Einigkeit gepflegt und für eine starke Organisation gefordert werden.

Der französische Bauarbeiterverband.

Wie wir seinerzeit berichteten, wurde auf dem Bauarbeiterkongreß, der Orlens in Paris stattfand, die Gründung eines Verbandes aller im Baubetrieb beschäftigten Personen beschlossen. Wir hatten geschrieben, daß der Erfolg des Kongresses abhängig von der Stellung der verschiedenen Berufsorganisationen bezügl. deren Auflösung bis zum 1. Juli 1907, dem Tag, an dem das Statut des neuen Verbandes in Kraft treten sollte. Das scheint nun bis auf eine Ausnahme gelöst zu sein. Von den bisher bestehenden Organisationen haben sich aufgelöst bezügl. ihre Auflösung beschlossen: 1. Der alte Bauarbeiterverband, 2. der Verband der Maurer und Steinarbeiter, 3. der Verband der Zimmerer und 4. der Verband der Bauzeichner. Es bleibt nur bestehen der Verband der Maler und Antiquarier mit etwa 1500 Mitgliedern.

Die neue Organisation hat auch bereits ihr eigenes Organ, „Le Travailleur-du Bâtimein“ („Der Bauarbeiter“), das monatlich erscheint. Bisher sind drei Nummern erschienen. Der Sitz der Organisation befindet sich in Paris, 88, Rue de la Grange-aux-Belles. Den früheren Organisationen waren im ganzen 285 örtliche Synodale mit etwa 14-16000 Mitgliedern angeschlossen. Der neuen Organisation gehören bis jetzt 184 Synodale an, über deren Mitgliederzahl zur Zeit natürlich noch nichts feststeht. Nicht am wenigsten in Betracht, daß die französischen Synodale meist nur alle Quartale Mitgliederversammlungen abhalten, so kann die Zahl der angeschlossenen Synodale als außerordentlich hoch angesehen werden. Noch mehr fällt ins Gewicht, daß unter den angeschlossenen Synodalen fast alle größeren Städte vertreten sind. Wir vermelden Paris, Lyon, Marseille, Toulouse, Havre, Nizza, Orléans, Dijon, Dünkirchen, Saint Etienne, Limoges, Grenoble uvm. Am schwächsten ist der industrielle Norden, am stärksten der Süden vertreten. Dem Beruf nach zählen wir 42 gemischte Bauarbeiter-synodale, 6 Synodale der Zimmerer, 22 der Maurer und Gipsler, 17 der Bauzeichner, 7 der Arbeiter, 6 der Dachbeder und -Spengler uvm. Es sind noch vertreten Synodale der Enkauter, Steinarbeiter, Plasterer, Bauhelfer, Zerkleinerer, Vergolder, Fleischer und Maler (6). Ueber die weitere Einwirkung der Organisation läßt sich im gegenwärtigen Moment noch nichts Genaues sagen, doch glauben wir annehmen zu dürfen, daß die neue Organisation sich gut entwickeln und bald mehr Mitglieder umfassen wird als die früheren Organisationen zusammen hatten. Nach dem persönlichen Eindruck, den wir von den Leitern der neuen Organisation gewonnen haben, scheint diese auch in guten Händen zu sein. Ein Beweis für die Autorität, die sie bereits genießt, ist das zahlreiche Verlangen nach Delegierten, das von den im Streit liegenden Bauarbeitern an die Zentralleitung gestellt wird.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 14. Juli bis 20. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von den britischen Verwaltungen in Belgien L. M. 505, Weißensee 600, Wranenburg a. d. S. 350, Niensleben 250, Fellenberg 332,81, Gotha 300, Brenden 300, Memel 250, Böhly 250, Rudolstadt 250, Arnaburg 200, Eising 200, Garburg 200, Sernigsdorf 175, Vergedorf 170, Fürstentum 170, Hofen 150, Riepe a. Finowkanal 150, Niensleben 150, Holtenua 130, Siebelsbrunn 125, Münsfel (Oberlausitz) 114,88, Eggstein 100,22, Altenbrunnsdorf 100, Barcheibede 100, Döben a. d. W. 100, Gagen 100, Gersdorf 100, Gr. Wartenberg 100, Gr. Wödersen 100, Güstrow 100, Heideberg 100, Johannisthal 100, Jechow 100, Palenau 100, Meidensachsen 100, Etzenhagen 100, Fehrbellin 98, Reinbeck 75,15, Plauen i. B. 75, Walchin 60, Dahleburg 50, Hagen i. B. 50, Summa M. 7231,01. Zu diesem erstelien: Baruch L. M. 100, Gehühig 100, Warborn 50, Wannee 50, Welfensleben 50, Summa M. 250. A l t o n a, den 20. Juli 1907.

G. Wätschen, zweiter Hauptkassierer, Wilhelmstr. 67.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submisionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Vaeuchstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

W o c h u m. Ein Baumfall, der nur auf die Unachtsamkeit der baupolizeilichen Schutzvorrichtungen zurückzuführen ist, ereignete sich am 17. Juli am Bau des Unternehmers Klotz in der Kronenstraße in Ehrenfeld. An dem beim 4. Stockwerk befindlichen Bau wird der Mittel auf einer Leiter, die an einem Balkenstrich im 2. Stockwerk angeheftet ist; von außen hinaufgetragen. Auf einem Gerüstbrett ohne irgend welche Nützlichkeiten müssen die Arbeiter mit ihren Lasten turnen. Ein Schutzgürtel, um die Bauhilfsarbeiter vor herabfallenden Gegenständen zu schützen, ist nicht vorhanden. An der Vorderfront, wo die Steine hinaufgetragen werden, ist natürlich auch kein Schutzgürtel. Gestern gelang es den Folgen der Mängel. Dem Maurer Tuchscherer, der unten beschäftigt war, fiel ein halber Ziegelstein auf die Schulter. Er zog sich dabei einen Bruch des Schlüsselbeins zu. Als der Unfall passierte war, wurde das Treppenhäus mit Schutzdeckenbetretern abgedeckt. Der Unfall wäre jedenfalls vermieden worden, wenn die Schutzvorrichtungen besetzt worden wären.

M a ß n e i m - O b e r h a u s e n. Am 17. Juli führte ein Bauhilfsarbeiter am Neubau Scheulen, Grenzstraße, durch das Boh eines Aufzugs und verlegte sich so schwer, daß er am selben Tage starb. Ob alles in Ordnung war, konnte nicht mehr festgestellt werden.

M e i n f e l d. Sonnabend, den 18. Juli, brach unser Kollege Sternberg mit dem Gerüst zusammen. Er erlitt drei Rippenbrüche und eine schwere Verletzung der Wirbelsäule.

M a r b u r g. Ein Unfall, der sehr leicht hätte schlimmere Folgen nach sich ziehen können, passierte am 16. Juli an der Bohunterführung an der Weisbühheimerstraße. Unser Kollege Franz Storch von Heilingsfeld war dabei beschäftigt, einen Schacht von 60 x 80 cm auszumauern. Der ihn bedienende Hilfsarbeiter ließ dabei einen gefüllten Mörtelkübel, der nicht genügend am Seil befestigt war, auf ihn hinunterfallen. Storch erlitt eine schwere Kopfverletzung und mußte mit einer Gasse nach seiner Wohnung gebracht werden. Ob der Unfall dauernde Folgen hat, ist noch nicht zu sagen.

*** Submisionen.** Für die Ausführung einer Brücke auf der neuen Bahndirektion W l d u n g e n - B a h n e n forderte eine Firma aus Sameln M. 69074, ein Stuttgarter Geschäft das gegen M. 142471. Das letztere Geschäft verlangte für die Herstellung einer größeren Brücke auf derselben Strecke M. 370080, während eine Firma in Wülheim a. Rh. diese Arbeit schon für M. 170711,20 auszuführen beabsichtigte.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

*** Maurerarbeit oder Spezialarbeit?** Das Berliner Gewerbeamt hat neulich ein Urteil gefällt, in dem diese Frage für eine bestimmte Arbeit entschieden wird. Die in der Gips- und Zementbranche beschäftigten Arbeiter, die in einer besonderen Sektion unseres Verbandes organisiert sind, stehen mit der Unternehmerorganisation, dem „Betonverein“, in einem Tarifverhältnis. Während des Kampfes im Baugewerbe betweigten nun hiesige Zementarbeiter die Herstellung von Returmeren Horizontaldecken, weil sie diese Arbeit als Maurerarbeit betrachteten, die als Streikarbeit von Zementarbeitern nicht geleistet werden dürfte. Die Unternehmer dagegen erklärten die Herstellung von Steindecken als Spezialarbeit, deren Verweigerung einem Tarifbruch gleichkommen würde. In der Sitzung des Einigungsamtes, das über diese Streitfrage endgültig entscheiden sollte, wurde als Sachverständiger der Stadtbauinspektor Tische benommen. Er erklärte in Uebereinstimmung mit den Unternehmern, die Herstellung von Steindecken sei nicht Maurerarbeit, sondern Spezialarbeit. Das Einigungsamt fällt daraufhin einen Schiedspruch, in dem ausgeführt wird, die Arbeitnehmer seien nicht berechtigt, die Herstellung von Steindecken als Streikarbeit zu verweigern; den Parteien wurde aber aufgegeben, in dem bestehenden Vertrage ausdrücklich festzulegen, daß solche Horizontal-Steindecken nicht als Maurerarbeit zu gelten haben.

Mit diesem Schiedspruch hat sich das Einigungsamt nach unserer Ueberzeugung einen offenkundigen Fehlspruch zu schulden kommen lassen. Das Gutachten des Stadtbauinspektors Tische gilt für uns gar nichts. Mit demselben Recht, mit dem er die Herstellung von steinernen Horizontaldecken als „Spezialarbeit“ bezeichnen konnte, kann man auch das Legen von Treppentufen „Spezialarbeit“ nennen, und doch fällt das keinem Menschen ein. Spezialarbeit kann eben alles werden, sobald sich jemand einer Arbeit besonders widmet. Der Begriff des Spezialen ist weniger an die Arbeit als an den Arbeiter gebunden. Speziell heißt, sich auf ein einziges beschränken, und das hat natürlich nur in der Anwendung auf den Arbeiter Sinn, aber nicht auf die Arbeit. Man redet wohl von Spezialärzten, aber nicht von Spezialkrankheiten, und wir reden von Spezialarbeitern, aber nicht von Spezialarbeiten. Darum mußte die Frage ganz anders gestellt werden. Nämlich so: Gehört die Herstellung von steinernen Horizontal-(Spreit-)decken zu den Arbeiten, die nur oder vorwiegend von den Arbeitern der Gips- und Zementbranche ausgeführt werden? Das wäre zu prüfen gewesen. Darum hat sich aber anscheinend wieder das Einigungsamt nach der Gutachten gekümmert. Unseres Erachtens paßt die Herstellung dieser Decken in gar keine der Unterabteilungen der Gips- und Zementbranche hinein, denn es handelt sich, wie nochmals hervorgehoben sei, nicht um Beton, sondern um Steindecken, die nach einer bestimmten Konstruktion gemacht werden.

Diese Decken kann jeder geschickte Maurer, wenn er mit ihrer Konstruktion vertraut gemacht worden ist, ohne weiteres herstellen.

Es war also nicht gerechtfertigt, hier eine „Spezialarbeit“ anzunehmen. Freilich, den Unternehmern kommt ja diese Auslegung sehr zu statten; und dieser Umstand mag denn wohl sowohl für das Gutachten wie für den Schiedspruch von bestimmendem Einfluß gewesen sein.

*** Die deutschen Arbeitersekretariate** haben ihre segensreiche Tätigkeit auch im Jahre 1906 wieder auf ein größeres Gebiet ausdehnen können. Von dem am Schlusse dieses Jahres bestehenden 86 Arbeitersekretariaten und Rechtsschutzbüros entfallen auf Preußen 49, die sich in folgender Weise auf die Provinzen verteilen:

- Provinzen Ost- und Westpreußen 00, Stadt Berlin 1, Provinz Brandenburg 66, Provinz Pommern 1, Provinz Posen 2, Provinz Schlesien 4, Provinz Sachsen 4, Provinz Schleswig-Holstein 1, Provinz Hannover 4, Provinz Westfalen 9, Provinz Hessen-Nassau 4, Provinz Rheinland 18.

Von den übrigen 86 Sekretariaten entfallen auf Bayern 8, Sachsen, Württemberg 1, Baden 4, Hessen 3, Mecklenburg-Schwerin 1, Sachsen-Weimar 1, Oldenburg 1, Braunschweig 1, Sachsen-Altenburg 1, Coburg-Gotha 2, Anhalt, Meckl. v. d. L., Lübeck 1, Bremen 2, Hamburg 1, Elb- u. Holsteins 1.

Von den 85 Arbeitersekretariaten und Rechtsschutzbüroen haben 83 berichtet. Es fehlen Menschend und Jüdica. Ende 1905 bestanden 67 Arbeitersekretariate, von denen eines, Charlottenburg, wieder einging.

An 70 Sekretariaten sind die Gewerkschaftsstarke finanziell beteiligt. Für 30 derselben werden besondere Beiträge nicht erhoben, sondern es werden die Ausgaben aus der Kasse des Kartells bezahlt. 40 Kartelle erheben besondere Sekretariatsbeiträge. Der Jahresbeitrag beträgt in

Sekretariaten. 11 6 7 1 9 1 1 3 1 Pfennige 120, 104, 80, 70, 60, 52, 42, 40, 28

Zur Unterhaltung trugen außerdem bei in 29 Orten die Parteiorganisation, in 13 Orten die Redaktion des Parteiorganes oder sonstige Arbeitervereinigungen. Die Sekretariate in Kattowitz und St. Johann werden ausschließlich von der Generalkommission unterhalten. Das Sekretariat in Barmen erhält einen Zuschuß von drei Kommunen, das Sekretariat Coburg ist keine gewerkschaftliche Einrichtung, sondern wird gemeinsam von Stadt und Staat Coburg unterhalten. Einen Staatszuschuß erhält auch das Sekretariat Gotha, und zwar jährlich im Betrage von M. 2000.

Die Gesamtzahl der Ausflüchtenden im Jahre 1906 betrug 365 132, davon 293 094 männliche und 52 206 weibliche Arbeitnehmer oder deren Angehörige, 15 341 selbständige Gewerbetreibende und sonstige Personen und 2267 Behörden, Vereine und Korporationen. In 382 361 Fällen wurde Ausflucht erteilt und davon 49 226 Fälle schriftlich erledigt.

Zusgesamt wurden im Jahre 1906 in den Sekretariaten 91 969 Schriftsätze angefertigt, von denen 25 238 die Unfallversicherung, 24 50 die Krankenversicherung, 18 06 das Knappschaftswesen, 29 228 die Invalidenversicherung, 91 04 den Arbeits- und Dienstvertrag und 650 die Gewerbeaufsicht betrafen.

Zusgesamt sind in den Jahren 1901-1906 367 115 Schriftsätze angefertigt worden. Davon betrafen die Arbeiterversicherung 119 029 = 32,4 Proz., den Arbeits- und Dienstvertrag 20 055 = 5,5 Proz., die Gewerbeaufsicht 1757 = 0,5 Proz., sonstige Sachen 209 170 = 57,0 Proz.

Die im Jahre 1906 erteilten Ausflüchte betrafen Arbeiterversicherung in 114 920 Fällen, Arbeits- und Dienstvertrag in 60 497 Fällen, Bürgerliches Recht in 112 426 Fällen, Strafrecht in 30 067 Fällen, Arbeiterbewegung in 10 064 Fällen, Gemeinde- und Staatsbürgerrecht in 42 234 Fällen, Gewerbetreiben und Privatversicherung in 55 111 Fällen, Sonstiges in 65 42 Fällen. Prozentual verteilte sich die Fälle der Ausflüchtung folgendermaßen: Arbeiterversicherung 30,1 pZt., Bürgerliches Recht 29,4 pZt., Arbeits- und Dienstvertrag 15,8 pZt., Gemeinde- und Staatsbürgerrecht 11,0 pZt., Strafrecht 7,9 pZt., Arbeiterbewegung 2,6 pZt., Gewerbetreiben und Privatversicherung 1,4 pZt. und Sonstiges 1,8 pZt. Das Gebiet der Arbeiterversicherung steht also wieder prozentual an erster Stelle, ihm folgt erst an zweiter Stelle das umfangreiche Gebiet des bürgerlichen Rechts. Von dem gesamten Gebiet der Arbeiterversicherung ist es wiederum die Unfallversicherung, die die Arbeitersekretariate am meisten beschäftigt. Von den 114 920 Ausflüchten in bezug auf Arbeiterversicherung kommen auf die Unfallversicherung 70 183, Krankenversicherung 20 861, Knappschaftswesen 3 470, Invalidenversicherung 20 906. Auf die Unfallversicherung entfallen also 61,5 pZt. der Ausflüchte in bezug auf Arbeiterversicherung. Von den während der Jahre 1901 bis 1906 in bezug auf Unfallversicherung erteilten 440 003 Ausflüchten kommen auf Unfallversicherung 260 025 = 59,1 pZt., Invalidenversicherung 83 419 = 19,0 pZt., Krankenversicherung 82 567 = 18,8 pZt. und Knappschaftswesen 11 724 = 2,7 pZt.

Das Resultat der von den Sekretariaten vertretenen oder bearbeiteten Klagen wurde denselben in 8871 Fällen bekannt, von denen 4831 erfolgreich, 1203 teilweise erfolgreich und 2837 erfolglos waren. Von den mit vollem oder teilweisem Erfolge vertretenen 6984 Fällen betrafen die Unfallversicherung 2589, die Krankenversicherung und das Knappschaftswesen 532, die Invalidenversicherung 839, Arbeits- und Dienstvertrag 1097, Gewerbeaufsicht 147. Der größte Erfolg wurde also bei der Unfallversicherung erzielt, denn von sämtlichen mit Erfolg vertretenen Klagen bezogen sich 49,9 pZt. auf die Unfallversicherung, Kranken- und Invalidenversicherung und Knappschaftswesen sind zusammen mit nur 14,3 pZt. Arbeits- und Dienstvertrag und Gewerbeaufsicht zusammen mit nur 20,8 pZt. beteiligt.

Ueber die Kassenerhältnisse der Arbeitersekretariate im Jahre 1906 liegen Angaben von 68 Sekretariaten vor.

Aus laufenden Beiträgen der Gewerkschaften betragen die Einnahmen M. 248 319, Zuschüsse der Gewerkschaften oder der Kartelle wurden im Betrage von M. 56 960 geleistet. Aus der Kasse der Generalkommission kamen M. 13 132, aus Parteiorganisationen, Redaktionen und Genossenschaften insgesamt M. 16 089. Die Zuschüsse aus Staats- oder Kommunalstellen betragen M. 5330. Einschließlich M. 16 467 sonstiger Einnahmen betrug die Gesamteinnahme der 68 Sekretariate M. 356 277. Herausgab wurden an Gehältern und persönlichen Entschädigungen M. 179 600, Bureaukosten M. 22 166, Reinigung, Heizung und Beleuchtung M. 11 425, Bücher und Druckkosten M. 31 781, sonstige Ausgaben M. 87 553. Die Gesamtausgaben betragen M. 282 525. Die im Jahre 1906 für Arbeitersekretariate insgesamt aufgewendete Summe ist natürlich weit höher. Da von 15 Sekretariaten, vorwiegend solche mit mehreren Angestellten befinden, wie Berlin, Hannover, Magdeburg, München, keine Angaben vorliegen, so ist das Bild, das wir über die Kassenerhältnisse der Sekretariate zu entwerfen vermögen, sehr unvollständig.

Ueber die von den Gewerkschaftsstarke unterhaltenen Ausflüchtstellen liegen für das Jahr 1906 aus 111 Orten Angaben vor. Von 91 dieser Ausflüchtstellen wurden insgesamt 206 572 Ausflüchte erteilt. 1906 berichteten 116 Gewerkschaftsstarke über die Tätigkeit ihrer Ausflüchtstellen, von denen 102 insgesamt 221 677 Ausflüchte erteilten. Die Tätigkeit unserer Ausflüchtstellen ist eine beachtenswerte Ergänzung der Tätigkeit der Arbeitersekretariate, was sich aus folgender Zusammenstellung ergibt:

Im Jahre 1906 wurden Ausflüchte erteilt:

Table with columns: Ort, Gesamtzahl, Arbeiterversicherung, Arbeits- und Dienstvertrag, Bürgerliches Recht, Strafrecht, Gewerbeaufsicht, Sonstiges. Includes rows for 25 Arbeitersekretariate, 116 Gewerkschaftsstarke, and 109 Orte.

Für das Jahr 1905 konnten wir über 178 Orte mit von Arbeitern errichteten Instituten berichten, in denen insgesamt 315 946 Ausflüchte erteilt wurden. 1906 zählten wir bereits 199 solcher Orte und 404 428 Ausflüchte.

Am Schlusse des von der Generalkommission herausgegebenen Berichtes, dem wir diese Angaben entnehmen, heißt es: Es erübrigt sich vollkommen, noch besondere Betrachtungen über den Wert der Arbeitersekretariate anzustellen. Diese haben ihre Unentbehrlichkeit längst selbst nachgewiesen. Als im Jahre 1894 die Nürnberger Gewerkschaften das dortige Arbeitersekretariat errichteten, ahnten sie sicher nicht, welchen Dienst sie der gesamten deutschen Arbeiterkraft damit erwiesen, indem sie ein Institut ins Leben riefen, dessen Wirken so ungeteilte Anerkennung fand, daß das Verlangen nach gleichen Einrichtungen binnen so kurzer Frist allgemein geworden ist. Beweis sind im Laufe dieses Jahres wieder einige Sekretariate errichtet worden, und zwar in Orten und unter Verhältnissen, die für den Fortbestand derselben bürgen. Die Errichtung weiterer Sekretariate ist in verschiedenen Orten noch für das laufende Jahr in Aussicht genommen, so daß wir im nächsten Jahre über den Bestand von etwa 100 Sekretariaten berichten können. Jede Errichtung eines neuen lebensfähigen Arbeitersekretariats bedeutet einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung, deshalb müssen die darauf gerichteten Bestrebungen nach Möglichkeit zu fördern gesucht werden.

Die Frage eines mehr einheitlichen systematischen Vorgehens auf diesem Gebiete erscheint uns aber auch einmal einer Erörterung wert. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß im Laufe der letzten Jahre die Gewerkschaftsstarke verschiedener Orte in der Hoffnung, die Gewerkschaftsbewegung am Orte mit Hilfe eines Arbeitersekretariats auf ein höheres Niveau zu bringen, solche Institute errichteten, die nach kurzer Zeit, nachdem sie den Genossen am Orte mehr gebracht als genützt hatten, wieder eingehen mußten, weil die Vorbedingungen für die Errichtung derselben nicht gegeben waren und deshalb von keiner Seite Unterstützung gewährt wurde; wenn wir demgegenüber sehen, wie in den unentgeltlichen Orten unsere Genossen die verwickeltesten Angelegenheiten wachen müssen, um sich seine Zurückweisung für die Agitation zu erkämpfen, so erscheint uns der Zeitpunkt gekommen, wo auch hier regelnd eingegriffen werden könnte. Auf Staatshilfe brauchen wir bei der Errichtung von Arbeitersekretariaten nicht zu rechnen; denn wir gründen Arbeitersekretariate nicht um ihrer selbst willen, sondern im Interesse der Arbeiterbewegung. Im Geiste der Gesamtsolidarität und wollen können, unabhängig von staatlicher Bevormundung. Von Arbeitern geschaffen und unterhalten, sollen sie in Sinne moderner Arbeiterbewegung dem arbeitenden Volke dienlich sein.

Wir möchten hier noch die Mahnung einfließen, nicht nur die Sekretariate zu benutzen, sondern sie auch von dem Ausgange der von ihnen vertretenen Sache zu benachteiligen. Die aus der vorliegenden Darstellung hervorgeht, ist die Zahl der Fälle, deren Ausgang den Sekretären bekannt wurde, sicherlich gering gegenüber der Zahl der überhaupt vertretenen Sachen. Nicht allein der Sekretär, sondern auch die Öffentlichkeit hat ein großes Interesse daran, so zu erfahren, inwieweit durch die Sekretariate Gutes geschaffen wird.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

gh. Meldetats selbst die kleinsten Unfälle dem Unternehmer sowie der Berufsgenossenschaft und sorgt für die Feststellung der Zeugen des Unfalls - diese Mahnung legt das Arbeitersekretariat in Magdeburg in seinem Jahresbericht über das letzte Jahr den Arbeitern ans Herz und führt den folgenden Fall an, welcher zeigt, wie notwendig es in der Tat ist, daß die Arbeiter diese Mahnung beachten. Ein Arbeiter hatte am 17. Oktober einen scheinbar ganz geringfügigen Unfall erlitten, indem ihm eine Steife auf die linke Hand und den linken Arm gefallen war, was eine kleine Rippenwunde verursachte. Am 1. November starb der Mann an den Folgen einer Blutvergiftung. Die Anmeldung des Unfalls und der Entschädigungsanträge für die Hinterbliebenen des Verstorbenen erfolgte am 13. November. Am 23. Dezember lehnte die Reichs-Verufsgenossenschaft die Gewährung der Hinterbliebenrente ab.

Die Berufsgenossenschaft hatte inzwischen die benannten Zeugen vernommen. Auf Grund der Zeugenaussagen gab die Berufsgenossenschaft an, daß dem verstorbenen Arbeiter die Steife auf den linken Arm während der Arbeit gefallen sei. Dagegen behauptete die Witwe, daß die Steife auf dem Rücken der linken Hand des Arbeiters nicht die Folge des Unfalls sein könne; denn die Zeugen hätten befunden, daß die Steife nicht auf die linke Hand, sondern auf den linken Unterarm gefallen sei. Keiner der Zeugen habe erwähnt, daß der Arbeiter nach dem Unfall eine blutende Wunde gehabt habe. Endlich habe der Arbeiter auch den Zeugen gegenüber nicht über eine solche Verletzung durch das Ausfallen der Steife gesagt. Hiermit sei die Behauptung, daß die Wunde die Folge des Verfallsunfalls sei, weder glaubhaft noch auch nur wahrscheinlich.

Vor dem Schiedsgericht, an das die Hinterbliebenen Verurteilung eingeklagt hatten, wurden sämtliche Zeugen vernommen. Außerdem konnte noch ein weiterer Zeuge beigebracht werden, der die kleine blutende Unfallverletzung

gesehen hatte. Daraus wurde die Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Rente verurteilt. Wäre es nach dem Tode des Arbeiters nicht möglich gewesen, alle diese Zeugen zu ermitteln, dann wäre die Entscheidung des Schiedsgerichts anders ausgefallen. Außerdem ist den Arbeitern immer wieder zu raten, in allen Unfällen, in denen die Hilfe des nächsten Arbeitersekretariats in Anspruch zu nehmen.

Bezeichnend ist das im Erfelder Bericht mitgeteilte Verhalten der Rheinisch-Westfälischen Bauergewerkschafts-Verufsgenossenschaft in der Unfallsache eines Maurers. Derselbe hatte sich durch Sturz am 20. November 1905 eine Verletzung der Wirbelsäule zugezogen. Als Folge dieses Unfalls blieb eine schwererhaftigkeit im Kreuz zurück, die ein Waden unmöglich machte und ein Drehen des Oberkörpers nur wenig erlaubte. Außerdem hatte der Maurer starke Kopfschmerzen und Schwindelanfälle, auch war er schwach geworden.

Am 8. November 1906 erhielt er die Mitteilung, daß die Berufsgenossenschaft seine Erwerbsfähigkeit nur um 50 pZt. beschränkt erachtete und ihm zur Schonung und besserer Angewöhnung an die Verletzung und an die Arbeit eine Uebergangskrente von 50 pZt. der Vollrente = M. 33,25 monatlich bewilligte. Mit diesen Vorschlägen sollte sich ein betriebliefer, unglücklicher Arbeiter „abfinden“ und „besser“ in seinen Zustand „gewöhnen“. Der Maurer wandte sich an das Arbeitersekretariat, das selbstverständlich Verurteilung bei dem Schiedsgericht einlegte. Jetzt sieht es aber die Berufsgenossenschaft für klüger, ihren Bescheid zurückzunehmen und dem Arbeiter die Vollrente zu bewilligen. Weßhalb mag sie wohl dem armen Mann vorher nur 50 pZt. angeboten haben?

Auch durch ein unglücklich Gutachten des behandelnden Arztes oder gar des sogenannten Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft dürfen sich die Arbeiter nicht davon zurückschrecken lassen, den Rat des Arbeitersekretariats anzunehmen. Ein Arbeiter hatte, so berichtet das Arbeitersekretariat in Harburg, am 11. Mai 1905 bei der Arbeit eine schwere Quetschung der rechten Hand erlitten, die zur Amputation des dritten und vierten Fingers im Grundgelenk und des kleinen Fingers im Mittelgelenk führte. Die Berufsgenossenschaft sprach dem Arbeiter, nachdem ein Gutachten des behandelnden Arztes eingeholt war, vom 11. August ab eine Schonungskrente von 30 pZt. der Vollrente zu. Dabei berief sie sich ausdrücklich auf dieses Gutachten. Vor dem Schiedsgericht, an das sich der Verunglückte gewendet hat, stellte es sich aber heraus, daß der Arzt in seinem Gutachten den Arbeiter bis zum 1. November als völlig erwerbsunfähig bezeichnet hatte. Das Schiedsgericht erhöhte demgemäß für diese Zeit die Rente auf 100 pZt. Die Berufsgenossenschaft hatte also die Stelle des ärztlichen Gutachtens, die für eine höhere Rente sprach, einfach verweigert. Hätte sich der Arbeiter mit der angebotenen Rente in der Meinung zufriedengegeben, daß er nach dem Gutachten des Arztes eine höhere Rente doch nicht erlangen könne, so wäre er arg getäuscht worden.

Oft genug weichen auch die Gutachten verschiedener Ärzte sehr voneinander ab. Nach dem Hamburger Bericht bezog ein Arbeiter seit zwei Jahren die Vollrente. Er entdeckte der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft Dr. Romme, daß der Arbeiter nur noch um 30 pZt. in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt sei, weil sich der allgemeine Ernährungszustand gehoben habe, und sich die Krankheitserscheinungen vermindert hätten. Die Berufsgenossenschaft bewilligte sich selbstverständlich, die Rente auf 30 pZt. der Vollrente herabzusetzen. Dagegen wurde Verurteilung eingeleitet unter Vorlegung eines Zeugnisses des früheren Arbeitgeber und des behandelnden Arztes, die beide die völlige Arbeitsunfähigkeit des Verunglückten bezeugten. Das Schiedsgericht holte noch ein drittes ärztliches Gutachten ein, und zwar von einem Spezialarzt für Nervenleiden. Dieser schätzte, nachdem er den Arbeiter sechs Wochen lang beobachtet hatte, die Beeinträchtigung der Erwerbsunfähigkeit auf 75 pZt. Das Schiedsgericht schloß sich diesem Gutachten an und erhöhte demgemäß die Rente, also auf mehr als das Doppelte von dem, was der „Vertrauensarzt“ begutachtet hatte.

Schließlich haben die Arbeiter es auch nicht zu veräumen, sich über ihre Arbeitsleistung auf das Zeugnis ihrer Mitarbeiter oder ihres Unternehmers zu berufen. Dies zeigt uns ein Fall aus dem Fortter Bericht. Ein Arbeiter bezog für die Folge eines Unfalls aus dem Jahre 1904 eine Rente von 20 pZt. der Vollrente. Ende des Jahres 1905 wurde die Rente von der Berufsgenossenschaft auf 10 pZt. herabgesetzt, weil in dem Zustande des Verunglückten eine entsprechende Abänderung eingetreten sei. In Wahrheit war von einer Besserung nicht das Geringste zu bemerken. Der Arbeiter legte seiner Verurteilung an das Schiedsgericht eine Bescheinigung seines Arbeitgebers bei, daß er nur zu ganz leichten Arbeiten verwendet werde und selbst diese Arbeit öfter halbe und ganze Tage wegen seines Kopfschmerzens und Schwindelgefühls fähig sei; sein Lohn habe vor dem Unfall 23 s pro Stunde betragen, jetzt nur noch 10 s; und dieser Lohn werde nur deshalb bezahlt, weil der Verunglückte vor seinem Unfall lange Jahre treu seinen Pflichten besessen und weil er eine achtköpfige Familie habe. Trotzdem wies das Schiedsgericht in Frankfurt a. d. O. die Verurteilung zurück. Es stützte sich auf das Gutachten des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft und nahm überdies an, daß im Laufe der Zeit nunmehr eine Gewöhnung an die vorhandenen Beschwerden allmählich eingetreten ist. Das Zeugnis des Unternehmers wurde vom Schiedsgericht vollständig undig und nicht beachtet. Eine nette Art von Rechtsprechung!

Der Arbeiter brachte die Sache nun vor das Reichs-Verufsgenossenschaft. Dieses ging aus dem Gutachten des Vertrauensarztes aus, daß als Folgen des Unfalls Kopfschmerzen und Schwindelgefühle festgestellt sind, deren allmähliches Abnehmen der Sachverständige für wahrscheinlich hält. Die Beurteilung der dadurch bedingten Erwerbsunfähigkeit ist aber, so führt das Reichs-Verufsgenossenschaftsamt fort, von den tatsächlichen Arbeitsleistungen abhängig, wenn diese zuverlässig festzustellen sind. Nach der eingeholten Auskunft des Betriebes, in dem sich der Unfall ereignet hat, wird der Arbeiter wegen der Unfallsfolge nur mit nebensächlichen Arbeiten beschäftigt. Sein aus

der Auskunst erkennbarer Charakter läßt nicht die Annahme zu, daß Mangel an Entschlossenheit oder an gutem Willen ihn von einer besser gelohnten Arbeit abhalten, wenn er dazu im Stande wäre. Die Rente von 20 Pf. kann deshalb zur Zeit noch nicht herabgesetzt werden. Die Berufsgenossenschaft wurde demgemäß zur Zahlung der Rente von 20 Pf. verurteilt.

Dieses Urteil verdient genaue Beachtung. Denn eine ganze Reihe von Schiedsgerichten lassen grundsätzlich die Zeugnisse des Unternehmers und der Mitarbeiter des Verunglückten unbeachtet. Das kann zur schweren Schädigung der Arbeiter führen und entspricht nach der angeführten Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts nicht den gesetzlichen Bestimmungen. Deshalb ist stets gegen ein ungünstiges Urteil der Schiedsgerichte, das auf die Nichtbeachtung derartigen Zeugnisse zurückgeführt werden muß, Rekurs an das Reichs-Versicherungsamt einzulegen.

Polizei und Gerichte.

* Das Schicksal des „Arbeitswilligen“. Eine tragische Episode, durch die der Lauf des Unternehmens im Bauhandwerklerreit recht deutlich illustriert wurde, spielte sich kürzlich in Halle a. S. in einem Zimmer des Rathauses ab, wo eine Innungs-Schiedsgerichtssitzung stattfinden sollte. Es handelte sich um die Streitfrage des Volker Budisch mit Gattin aus Italien gegen den Maurermeister Günther über Weiterbeschäftigung und Erfüllung seines Vertrages. Madame Budisch, hatte bei den Streitigkeiten in den Paraden „als Kochfrau gewirkt“ und ihr Gatte erklärte mit Tränen in den Augen, er habe in der „Blütezeit des Streiks“ sehr tüchtig für streikbrechende Maurer gearbeitet und jetzt habe er die Kolonne auf dem Gasse. Er solle mit Gattin und Streikbrechern auf freiem Felde und man wolle ihn und seine Kolonne nicht mehr haben. Und „Dreizeh für ein Streikbrecher so viel geben, daß man damit nicht arbeiten könne“. Bekomme er jetzt kein Recht, so lasse er den General von Berlin holen. Der Unternehmer Günther erklärte sehr gelassen, er habe den Mann, der nichts zu beantragen habe, nur aus Gnade und Barmherzigkeit beschäftigt. Da aber durch den Streik das Innungs-Schiedsgericht in die Wüste ging, mußte der Prozeß verlagert und dem Gewerbegericht überwiesen werden.

Verschiedenes.

* Wie in der Gegenwart Versteinerungen entstehen. Seit die Lehre von der allmählichen Umwandlung der Lebewesen sich durch Darwins Wirken in der wissenschaftlichen Welt allgemeine Geltung verschafft hat, ist man auch bei der Betrachtung der sogenannten leblosen Erdoberfläche von den alten Anschauungen zurückgekommen, die die gewaltigen Niveaumeterschiebe zwischen Berg und Tal auf noch gewaltigere Naturereignisse zurückzuführen suchten. Auch hier ist man seit den englischen Geologen Lyells Mitteilungen überzeugt, daß, von gewissen Ausnahmen abgesehen, die Erdoberfläche, wie sie ist, durch ganz allmähliche Veränderungen und Veränderungen im Laufe ungedeuerter Zeiträume sich entwickelt hat. Auch die Meinung, daß die Versteinerungen aller geologischen Schichten durch katastrophenartige Vernichtung von Lebewesen-Formen auf einmal entstanden sind, ist unhaltbar, und daraus folgt weiter, daß Versteinerungen immer entstanden sind, wo die Bedingungen dafür vorhanden waren und daß sie noch gegenwärtig unablässig weiter entstehen. Einen sehr hübschen Nachweis hierfür bringt die Naturwissenschaftliche Wochenchrift. Ein verlassener Steinbruch in der Gegend von Aßlar war am Grunde mit kalkigem Tonstein bedeckt. Auf diesen hatte der Wind Blätter verschiedener Pflanzen geweht. Als der Beobachter diese Blätter abgab, fanden sich darunter genaue Abbilder der Blätter im Ton mit allen Aderchen und Rippen des Blattes in vollkommen genauer Nachbildung. An anderen Stellen waren die Blätter von der Stelle wo sie ausgeflogen waren, bereits wieder verweltet, und ihr Bild oft nur erhalten. Bei der weiteren Untersuchung fand der Beobachter den Ton geschichtet und zwischen den Schichten allerhand Blätter, Pflanzenreste und dergleichen eingelagert und in den verschiedenen Stadien der Versteinerung. Wie das jung, war leicht zu ermitteln. Die Abgrenzung schwammen von Zeit zu Zeit von den Seiten des Steinbruchs kalkigen Tonstein ab, der in die Vertiefung floß, hier immer neue Schichten bildete und immer neue Blätter für die Versteinerung präparierte. Nach entsprechenden Zeiträumen würden die Blätter alle Bedingungen genügen, die an wohlhabendere Versteinerungen gestellt werden müssen, und so werden also auch in der Gegenwart Lebewesen von der Natur konserviert. Den Forschern späterer Zeiten wird es daher nicht an Versteinerungen fehlen, die ihnen Aufschluß über die Lebenswelt von heute geben. Wenn wir uns die Vorgänge in dem Steinbruche ins Nischenhafte vergrößert vorstellen, so haben wir ein ungefähres Bild davon, wie auch die Versteinerungen der Vorzeit zu stande gekommen sind. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die meisten Versteinerungen auf dem Grunde alter Meere entstanden sind, wo die unauflöslich sich ablegenden Schlammfächer die toten Lebewesen konservierten oder abformten. Nur ausnahmsweise treten andere Einschlussmittel auf, wie z. B. das Eis, das im Norden Sibiriens so manchen dem Untergang geweiht, längt ausgeforderte Mammut so vollständig bewahrt hat, daß, als man es auffand, das Fleisch von den Knochen gegessen wurde.

Eingegangene Schriften.

Die Neue Zeit (Stuttgart, Paul Singer), Heft 42 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Theaterpublikum. — Der Staatsstreik in Rußland. Von L. Martoff. — Sieben Jahre preußischer Schulreaktion. Von Heinrich Schulz. — Der vierte Konjunktionsgenossenschaftstag. Von Herrn Fleischer. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der Wahre Jacob. Nummer 15 des 24. Jahrganges. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Geisterput auf dem Schloßhof“ und „Eine Hofgesellschaft“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

Stuttgart, A. R. Da dem Zweigvereinsvorstand die Verwaltung des Zweigvereins obliegt, so wird ihm auch das Recht nicht abgeprochen werden können, die Beschaffung der benötigten Bureauartikel in die Hand zu nehmen; nur feine Möbelfabrik kann hieran etwas auszusparen finden.

Sobeynsalza, F. C. Den Bericht über die Feuersbrunst, wobei ein Kollege, der mit Löschen half, verunglückte, können wir nicht gebrauchen; wir veröffentlichen nur Unfälle, die sich auf Bauten ereignen.

Kempfen, J. S. Solche Aufforderungen nehmen wir nicht an.

Minden, K. L. Besten Dank. Die Sache wird nächstens berichtigt.

Darmstadt-Dieburg. In der Sterbeanzeige fehlt die Angabe des Todesjahres.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileid kostet 15 A.)

Berlin. Am 18. Juli starb unser Mitglied Emil Bittarey im Alter von 43 Jahren an Lungenschwindsucht.

Breslau. Am 14. Juli starb unser Kollege Heinrich Quicker im Alter von 62 Jahren an Lungenschwindsucht. Der Verstorbene war seit Besuchen des Verbandes Mitglied.

Gemüß. Am 18. Juli starb unser Mitglied Franz Klügel im Alter von 36 Jahren an Herzschlag.

Danzig. Am 8. Juli starb der Kollege Fritz Klapp auf der Baustelle an Blutung. — Er war Mitbegründer des hiesigen Zweigvereins. — Am 19. Juli starb unser Verbandskollege Paul Zabel im Alter von 32 Jahren an Lungenentzündung.

Genheim b. Mainz. Am 18. Juli starb unser Ehrenmitglied Peter Datz III im Alter von 71 Jahren an Magenentzündung.

Hannover. Am 8. Juni starb unser treuer Verbandskollege Christian Rokehr in Kloster-Wernigsen im Alter von 40 Jahren an Typhus. — Am 12. Juli starb unser Kollege Aug. Langrehr im Alter von 61 Jahren an Asthma und Lungenleiden.

Hersfeld. Am 13. Juli starb unser Verbandskollege Nikolaus Schuch im Alter von 25 Jahren an Darmgicht.

Kaiserlautern. Am 15. Juli starb unser Kollege Johann Heil in Morlautern im Alter von 50 Jahren an Bluthuse.

Mannheim. Am 20. Juli starb unser treuer Verbandskollege Jakob Mayerhöffer aus Weisenau im Alter von 28 Jahren.

Norhausen. Am 10. Juli starb unser Ehrenmitglied Wilh. Neugeboren genannt Otto im Alter von 63 Jahren an Herzschlag. — Am 13. Juli starb unser Ehrenmitglied und Gründer des Zweigvereins August Buchmann im Alter von 75 Jahren an Schlaganfall.

Wabern b. i. Schl. Am 14. Juli starb nach kurzem Krankenlager unser guter Kollege Fritz Ermlich im Alter von 22 Jahren infolge eines Bluthuse. — Er war einer unserer Besten.

Weisenau b. Mainz. Am 15. Juli starb unser Verbandskollege Jakob Schaubruch V. im Alter von 46 Jahren an Lungenentzündung.

Witzburg. Am 15. Juli starb einer unserer Ältesten, Kollegen, Michael Messelberger, im Alter von 51 Jahren an Nierenleiden und Herzschlag. Ehre ihrem Andenken!

Localbeamter gesucht.

Im Gebiet Crefeld-N. Gladbach soll ein Kollege freigestellt werden. Es wird auf eine erste Kraft reflektiert. Vorbedingung ist die genaue Kenntnis der modernen Arbeiterbewegung und der gegnerischen Organisationen, sowie der Sozialgesetzgebung. Die Bewerber müssen außerdem mit den Verwaltungsgeschäften unserer Organisation vertraut und rednerisch begabt sein.

Bewerbungen sind unter Beifügung eines Ausweises über die bisherige Tätigkeit und über Ihre Mitgliedschaft bis zum 15. August an den Gewerkschaften E. Muth, Cöln, Severinstraße 199, einzuliefern. [A. 3,90]

Barby a. d. Elbe.

Die Adresse des Kassierers ist jetzt Heinrich Raddorf, Kapellstr. 251. [A. 1,50] Der Vorstand.

Emden.

Die Adresse des Kassierers ist jetzt: Jan Moritz, Serrator Nr. 22. [A. 1,20]

Jeseritz.

Alle Schreiben sind vom 1. September bis 1. Oktober 1907 an Maurer Hermann Christen in Buchholz zu richten. [A. 1,50] Der Vorstand.

Lissa i. P.

Das Verkehrs- und Versammlungslokal befindet sich von jetzt an Buchwälderstr. 4. [A. 1,20]

Schweningen.

Die Adresse unseres neu gewählten Vorstehers ist: Heinrich Kölling, Kornbindstr. 658 und unter Verbandslokal befindet sich in der Witzstraße „Zur Neckarquelle“. [A. 1,80]

Der Maurer Ernst Sommer, Verh.-Nr. 384 500, wird gebeten, erschaftslos seine Adresse an Kollegen Ernst Sommer, Oslau, gelangen zu lassen. [90 A.]

Eisleben.

Sonnabend, den 10. August, Abends 7 Uhr: * Stiftungsfest * im großen Saale der Terrasse. Hierzu werden sämtliche Kollegen von Eisleben und Umgegend höchlichst eingeladen. Das Vergütungskomitee.

Nortorf.

Sonntag, den 28. Juli: Drittes Stiftungsfest im Lokale des Herrn H. Wolf. Alle Kollegen werden freundlichst eingeladen. [A. 3] Der Vorstand.

Ruppershain i. Taunus.

Sonntag, den 4. August: Zehnjähriges Stiftungsfest bestehend in Festrede, Gesangsbeiträgen und Tanz. Nachmittags 3 Uhr: Festzug. Alle umliegenden Orte, an die nicht eine schriftliche Einladung erfolgte, werden hiermit eingeladen. Die organisierten Arbeiter werden an ihr Solldaritätsgefühl erinnert und gebeten, soweit wie möglich dieses Fest zu unterstützen, damit es sich zu einem richtigen Arbeiterfest gestaltet. Die Festrede hält Kollege Küttmann an. [A. 4,80] Der Vorstand.

Jeseritz.

Sonntag, den 28. Juli, Nachm. 2 Uhr: Sommervergnügen im Lokale des Herrn Friedrich Remus, Buchholz, bestehend in Konzert, Verlosung, Vogelschießen, Taubenabwerfen und darauffolgendem Tanzfranzosen. Die Kollegen der umliegenden Dörfer sind hiermit freundlichst eingeladen. [A. 3,50] Das Komitee.

Tilsit.

Sonnabend, den 3. August: Sommervergnügen in sämtlichen Räumen des „Germania-Garten“, bestehend in Konzert, Theater und Tanz. Sämtliche Kollegen des Zweigvereins werden hiermit herzlich eingeladen. [A. 3] Das Festkomitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandsversammlungen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

- Verbandsversammlungen der Maurer. Sonntag, den 28. Juli. Bayreuth. Nachm. 3 Uhr in der „Bentrichshalle“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Gransee. Nachm. 3 Uhr im „Schützenhaus“. T. D.: Bericht von der Konferenz in Bayreuth. Königsutter. Abends 8 Uhr in den „Vier Jahreszeiten“. Wichtige Tagesordnung! Nossen. Nachm. 3 Uhr im „Deutschen Krug“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Merzent ist anwesend. Passau. Nachm. 4 Uhr bei Wolf, Am Markt 18. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. — Vorstandsbesprechung 3 Uhr. Schweinitz. Vorm. 10 1/2 Uhr im Lokale von Schmidt in Schweinitz, Berg. Seesen. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokale. Spremberg. Nachm. 3 Uhr im Lokale Knorr. Verbandsbücher sind mitzubringen. Templin. Nachm. 3 Uhr bei Herrn Hermann. Wurzbach. Nachm. 2 Uhr bei Herr Kemmler jun. Referent aus Erfurt anwesend. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Zehdenick. Nachm. 3 Uhr bei Buchholz. Tagesordnung sehr wichtig.

Freystadt. Dienstag, den 30. Juli. Abends 7 1/2 Uhr. Bücher sind mitzubringen.

Lucka. Sonnabend, den 3. August. Abends 7 1/2 Uhr außerordentliche Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Cöln. Sonntag, den 4. August. (P. u. e. r. und F. u. e. r.) Vorm. 11 Uhr Generalversammlung bei Herrn Hompel, Hammerstraße 18. T. D.: Abrechnung vom zweiten Quartal und Verschiedenes. Mitgliedsbücher mitbringen.

Düchelsdorf. Ribnitz. Nachm. 4 Uhr. T. D.: Extrabeitrag. Wittstock. Regelmäßige Versammlung, wichtige Tagesordnung.

Eisleben. Abends 8 Uhr. Sämtliche Sammelkassen sind mitzubringen. Zentral-Krankenhalle der Maurer usw. Sonntag, den 28. Juli.

Charlottenburg. Vorm. 10 Uhr im „Vollhaus“, Rosenstr. 3. T. D.: Vortrag und Abrechnung vom zweiten Quartal. Dresden. Vorm. 11 Uhr im „Vollhaus". Reinsdorf. Vorm. 9 1/2 Uhr bei Herrmann, Restberg, und Dollander. Freudenberg.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Rier & Co. in Hamburg.